

Die russische Militärpolitik und die GUS

Holden, Gerard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Holden, G. (1993). *Die russische Militärpolitik und die GUS*. (HSFK-Report, 4/1993). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-83371-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report 4/1993



**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

**BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTSFORSCHUNG**

Gerard Holden

Die russische Militärpolitik und die GUS

HSFK-Report 4/1993

Frankfurt am Main

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Leimenrode 29

D-6000 Frankfurt/Main 1

Tel. 069 / 9200540

Fax. 069 / 558481

ISBN 3-928965-26-3

DM 12,00

Übersetzung von Heike Schmeling

Zusammenfassung

In der Friedens- und Sicherheitsproblematik der GUS lassen sich im ersten Jahres ihres Bestehens drei Ebenen unterscheiden. Auf zwischenstaatlicher Ebene hat sich die GUS nicht als dauerhafte internationale Struktur etabliert. Im Mai 1992 schlossen sechs GUS-Staaten ein Abkommen gegenseitiger Sicherheit ab. Dadurch wurde eine Art russisch-zentralasiatischer Militärallianz innerhalb der GUS geschaffen. Weitere bilaterale Militärabkommen zwischen Rußland und seinen Partnern trugen zum Eindruck einer gewissen Stabilität bei. De facto waren sie jedoch teilweise nur auf die Unfähigkeit einiger neuer Staaten zurückzuführen, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen.

Das Hauptproblem auf zwischenstaatlicher Ebene war und ist die Frage der Zentralisierung bzw. der Umverteilung der nuklearen und konventionellen Streitkräfte der Ex-UdSSR. Einige der neuen militärisch-politischen Eliten der Nachfolgestaaten schienen bereit zu sein, die Kernwaffen als Verhandlungsmittel sowohl innerhalb der GUS wie auch in der neuen Ost-West-Beziehungskonstellation einzusetzen. Spannungen bleiben bestehen zwischen der GUS und der Ukraine. Diese erhebt Anspruch auf eine administrative Kontrolle der auf ukrainischem Territorium stationierten nuklearen Streitkräfte. Die schlimmsten Befürchtungen einiger Beobachter, daß es zu gewaltsamen russisch-ukrainischen Konflikten kommen könne, haben sich jedoch nicht bewahrheitet.

Auf der Ebene der einzelnen Nachfolgestaaten ist der Aufbau nationaler Armeen zu beobachten, der massiven wirtschaftlichen Zwängen unterworfen ist. In manchen Fällen spielt er sich in einer Atmosphäre gewaltsamer Konflikte ab. Die russischen Streitkräfte sind zweifellos die umfangreichsten und stärksten aller Nachfolgestaaten. Der Aufbau russischer Sicherheitsinstitutionen und einer russischen Armee waren die logische Folge des Widerstands einiger neuer GUS-Staaten, vor allem der Ukraine, einer Sicherheitspolitik zuzustimmen, die auch nur im entferntesten nach einer Verlängerung der sowjetischen Sicherheitspolitik unter offener oder versteckter russischer Vorherrschaft aussah. Gleichzeitig konnte die russische Führung damit dem ex-sowjetischen militärischen Establishment einen Orientierungspunkt für seine Loyalität anbieten. Es ist offensichtlich, daß die Zukunft der Beziehungen zwischen Rußland und seinen neuen Nachbarn zum großen Teil davon abhängen wird, wie die russische militärisch-politische Elite mit dem Übergang von einer Weltmacht zu einer eurasischen Großmacht zurechtkommt. Maßgeblich ist auch, inwieweit sich die anderen Nachfolgestaaten an einen solchen Nachbarn gewöhnen und mit ihm leben werden. Mitte 1992 schienen sich Teile des militärischen Establishments von den Auswirkungen des Putsches im August 1991 erholt zu haben. Sie formierten sich zur Lobby mit Einfluß auf die russische Regierung. Unklar und äußerst wichtig ist die Frage, ob sich diese neue Elite als loyale Vertreter der Interessen Rußlands, der GUS, oder sogar der Ex-UdSSR verstehen.

Dem Prozeß der Renationalisierung der Sicherheitspolitik widersprechen Entwicklungen auf einer dritten, substaatlichen Ebene. Dort findet eine radikale Privatisierung von Gewalt statt. Mit Ausnahme Rußlands ist es etwas irreführend, von "Staatsgebilden" auf dem Boden der Ex-UdSSR zu sprechen. Wie die Beispiele der Konflikte in Moldawien und dem Kaukasus zeigen, sind viele militärischen "Akteure" in der postsowjetischen Politik keine

staatlichen Autoritäten. In einigen Fällen sind die neuen Regierungen einfach nicht in der Lage, ein effektives Monopol über die Anwendung von Gewalt in dem betreffenden Gebiet auszuüben. Denn oft besteht Unklarheit darüber, unter welche politische Autorität sich die existierenden Militäreinheiten unterordnen wollen. Außerdem können sich neue militärische und paramilitärische Einheiten frei organisieren, um andere politische, separatistische oder rein abenteuerliche Ziele zu verfolgen. Die russische Presse veröffentlicht regelmäßig Berichte, nach denen Waffen aus Militärarsenalen verschwinden und in private Hände fallen. Die Anzahl der auf dem Gebiet der Ex-UdSSR in Umlauf befindlichen Feuerwaffen und aktiven paramilitärischen Formationen ist alarmierend. Zwar sind diese Zahlen schwer nachprüfbar, aber jeder Zeitungs- oder Fernsehbericht aus den Krisengebieten der GUS bestätigt, wie ernst dieses Problem ist.

Die Beziehung zwischen den Entwicklungen auf diesen drei unterschiedlichen Ebenen ist natürlich komplex. Eine reibungslose Nationalisierung der Sicherheitspolitik scheint aufgrund der substaatlichen Privatisierung von Gewalt unmöglich zu sein. Paradoxe Weise jedoch weist diese Privatisierung der Gewalt den russischen Militärinstitutionen eine stärkere Rolle als Ordnungsinstrument zu, als es sonst der Fall gewesen wäre. Freilich hat man schon mit einem gewissen Erfolg versucht, russische und andere Truppen als Friedenstruppen in einigen Krisengebieten der GUS zu stationieren. Dieser Erfolg bleibt aber fragwürdig, denn die russische Armee wird in vielen der bereits bestehenden oder der potentiellen Konflikte kaum als ehrlicher Vermittler akzeptiert. In mehreren Gebieten der Ex-UdSSR gibt es deshalb keine Ordnungsmacht mehr, die in der Lage ist, entweder als Friedensvermittler zu agieren oder kurzfristige Lösungen mit Gewalt durchzusetzen.

Inhalt

	Seite
1. Zwischenstaatliche Beziehungen in der GUS	1
1.1 Die Schaffung der GUS	1
1.2 Kernwaffen und konventionelle Streitkräfte	6
1.3 Kollektive Sicherheit oder bilaterale Beziehungen?	15
2. Die Nationalisierung der Sicherheitspolitik und die Interventionsfrage	18
2.1 Auf dem Weg zu einer russischen Armee	18
2.2 Russische Minderheiten und die Interventionskontroverse	26
3. Das Problem des Gewaltmonopols	32
3.1 Moldawien und andere Krisen	32
3.2 Die Privatisierung der Gewalt	35
4. Die postsowjetische Sicherheitsproblematik	39

1. Zwischenstaatliche Beziehungen in der GUS

1.1 Die Schaffung der GUS

Die ersten gemeinsamen Verlautbarungen, die nach dem Coup im August 1991 abgegeben wurden, sowie die folgenden Unabhängigkeitserklärungen der Republiken verpflichteten die noch existierende UdSSR zur Aufrechterhaltung einheitlicher (*edinye*) Streitkräfte und eines einheitlichen militärisch-strategischen Raumes.¹ Bereits in diesem Stadium war jedoch nicht zu übersehen, daß solche Erklärungen nur einen oberflächlichen Konsens widerspiegeln. Dahinter verbarg sich ein anhaltender Machtkampf zwischen den übriggebliebenen (in aller Eile neu organisierten) Institutionen der Union und den russischen sowie anderen nationalen Führungsschichten. Die wenige Tage nach dem Coup abgegebene Empfehlung der Jelzin-Regierung, möglicherweise die internen Grenzen neu zu definieren, war unklug und vergiftete die Atmosphäre. Sie wurde sehr bald widerrufen, wodurch sich der unmittelbare Schaden anscheinend in Grenzen hielt. Einige andere Regierungen suchten nach Wegen, ihren Unabhängigkeitserklärungen durch Initiativen im Bereich der Militärpolitik Nachdruck zu verleihen. Sergej Karaganow, ein sowjetischer Experte für internationale Beziehungen, der normalerweise nicht zu alarmierenden Stellungnahmen neigt, kommentierte Ende September die Gefahren der nuklearen Weiterverbreitung folgendermaßen: "Die Republiken erklären ihre Absicht, einen kernwaffenfreien Status zu erreichen. Aufgrund der Logik, die der Kampf um die Anerkennung ihres Staates mit sich bringt, werden jedoch extremistische Kräfte (deren Einfluß zunehmen wird) nach den Attributen von Staatsmacht streben, und eines der offensichtlichsten ist der Kernwaffenstatus. Die ersten Anzeichen hierfür sind bereits zu erkennen."² Schon im September zeichnete sich ab, daß die ukrainischen und kasachischen Regierungen Bestrebungen, die sowjetischen Kernwaffen exklusiv unter russische Kontrolle zu stellen, Widerstand leisten würden.³

Eine von zivilen Spezialisten und dem noch existierenden KGB indirekt für das sowjetische Parlament erstellte Studie, die an die *Nezavisimaya gazeta* durchsickerte, enthielt eine noch beunruhigendere Einschätzung: Es wurde behauptet, die Situation in der Armee sei genauso gefährlich wie vor dem Coup. Putschistische und quasi-faschistische Strömungen gewannen an Boden, Aufruhr und Kriminalität unter den gemeinen Soldaten nähmen zu, und das

-
- 1 Zayavleniya prezidenta SSSR i vysshikh rukovoditelei soyuznykh respublik and Postanovlenie S'ezda narodnykh deputatov SSSR (Izvestiya 2.9.91 and 6.9.91).
 - 2 Sergej Karaganow - Vneshnyaya politika posle putcha (Nezavisimaya gazeta 21.9.91)
 - 3 Jonathan Steele - Ukraine will retain its nuclear arms (The Guardian 30.9.91). Außer in Rußland, der Ukraine und Kasachstan, waren zu diesem Zeitpunkt auch in Belarus sowjetische strategische Kernwaffen stationiert, taktische Waffen in diesen und auch in einer ungewissen Anzahl anderer Republiken/Staaten. Inwieweit die Situation im August 1991 eingeschätzt werden konnte, siehe Nuclear Notebook: Where the Weapons Are (The Bulletin of the Atomic Scientists November 1991, S. 48-49), und ein umfassender Überblick, William Walker - Nuclear Weapons and the former Soviet republics (International Affairs Vol. 68 No. 2, April 1992).

Zentrum drohe die Kontrolle zu verlieren.⁴ Noch mehr Besorgnis erregte das Gerücht, das die Moscow News im Oktober (aus "absolut zuverlässiger Quelle") verbreitete: ein Mitglied der russischen Regierung habe die Möglichkeit eines Atomkrieges zwischen Rußland und der Ukraine diskutiert.⁵ Diese bizarre Episode charakterisiert allerdings wohl eher die fieberhafte Atmosphäre der Politik in Moskau als daß sie eine Prognose möglicher Ereignisse wäre.

Die neue Militärführung, welche sich aus Offizieren zusammensetzte, die nicht in den Putschversuch verwickelt gewesen waren, bezeichnete es wiederholt als verhängnisvoll, die sowjetischen Streitkräfte zu teilen oder zu "nationalisieren".⁶ Sie stand aber unter dem Druck der erst gegründeten Verteidigungsministerien der neuen Staaten, insbesondere unter dem Druck von Forderungen wie der des ukrainischen Parlaments. Dieses beanspruchte im August die Rechtsprechung über alle Truppen auf ukrainischem Territorium. Bereits im Juli 1990 hatte die Ukraine eine erste Erklärung zu ihrem Recht, die eigenen Streitkräfte zu behalten, abgegeben. Bis Ende Oktober 1991 waren jedoch noch keine Gesetze verabschiedet worden, mit denen dieser Grundsatz hätte umgesetzt werden können. General-Major Konstantin Morozow, Verteidigungsminister der Ukraine, erklärte in einem Interview mit der Krasnaya zvezda, die Ukraine schliesse eine Vereinbarung mit anderen Republiken über eine Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung nicht aus. Sie verstehe sich aber gleichzeitig als eine Seemacht mit eigener Flotte.⁷ Am 24. Oktober gab das ukrainische Parlament (*Verkhovna Rada*) eine Verlautbarung ab. Darin wurde erneut die Absicht der Ukraine betont, ein kernwaffenfreier Staat zu werden. Gleichzeitig wurde jedoch das "Recht der Ukraine auf die Kontrolle über die Nicht-Anwendung der auf seinem Territorium befindlichen Kernwaffen" ⁸ hervorgehoben. Dies verdeutlichte den Status der Kernwaffen auf ukrainischem Territorium als potentiell Druckmittel.

Ein am 6. November unterzeichnetes russisch-ukrainisches Abkommen sollte alle Beteiligten zufriedenstellen. Darin wurde sowohl der Grundsatz eines einheitlichen bewaffneten Heeres als auch das Recht der Unterzeichnerstaaten, ihre eigenen Armeen zu schaffen, bestätigt.⁹ Es war bezeichnend, daß keine der noch bestehenden Institutionen der Union (wie z.B. Marschall Jewgenij Schaposchnikows Verteidigungsministerium) Mitunterzeichner dieses Abkommens waren. An Gorbatschows Versuchen im Herbst, einen neuen Vertrag für wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine Art Konföderation bzw. "Gemeinschaft souveräner Staaten" auszuhandeln, zeigte sich die Ukraine völlig desinteressiert. Wahrscheinlich hat die Entschlossenheit der Ukraine, ihre eigenen Konditionen durchzu-

4 Zusammengefaßt in der Frankfurter Rundschau vom 5.10.91, und Moscow News 41, 13-20 Okt. 1991.

5 Moscow News 42, 20-27 Okt. 1991, S. 1 und 6.

6 Zum Beispiel: Interview mit dem neuen Verteidigungsminister, Marschall Jewgenij Schaposchnikow, *V armii odna prisyaga - Otechestvo* (Pravda, 25.9.91).

7 Kathleen Mihailisko - Laying the Foundation for the Armed Forces of Ukraine (Radio Liberty Report über die UdSSR Vol. 3, Nr. 45, 8. Nov. 1991). Interview von Morozow in *Krasnaya zvezda*, 9.10.91.

8 "Statement by the Verkhovna Rada of Ukraine on the non-nuclear status of Ukraine", 24. Oktober 1991 (Es ist unklar, ob dies eine offizielle Übersetzung ist.)

9 Berichtet in *Krasnaya zvezda* vom 7.11.91 (obwohl nicht mit dem Gesamttext).

setzen, den Weg für die erste, slawische Version der GUS gebahnt. In einem Interview der *Izvestiya* Ende November sagte Jelzin, Rußland sei nicht bereit, einen neuen Gemeinschaftsvertrag zu unterschreiben, wenn die Ukraine ihn nicht mitunterzeichne. Ein solches Abkommen sei ohne Mitgliedschaft der Ukraine nicht lebensfähig.¹⁰ Den eigentlichen Todesstoß erhielt die UdSSR durch das ukrainische Referendum vom 1. Dezember, in dem sich die Bevölkerung mit großer Mehrheit zum Ziel der Unabhängigkeit bekannte und Leonid Krawtschuk, den ehemaligen kommunistischen Ideologeminister der Republik, zum Präsidenten wählte.

Nach der Wahl in der Ukraine muß es verstärkte diplomatische Aktivitäten zwischen Jelzin, Krawtschuk und dem Präsidenten von Belarus, Stanislaw Schuschkewitsch, gegeben haben. Während Gorbatschow nochmals eindringlich zur Erhaltung der UdSSR aufrief, trafen sich die drei Präsidenten in Minsk und verabschiedeten am 8. Dezember ein Abkommen über ein *Sodruzhestvo Nezavisimykh Gosudarstv* (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten). Mit diesem Dokument sollte die UdSSR als Gegenstand internationalen Rechtes und als geopolitische Realität aufgehört haben zu existieren, das Abkommen blieb für den Beitritt aller Mitgliedstaaten der ehemaligen UdSSR offen.¹¹ In den Bereichen der Außen- und Militärpolitik verpflichteten die Gründungsdokumente der GUS die Unterzeichner, die Vertragsverpflichtungen der ehemaligen UdSSR zu erfüllen und eine einheitliche (*edinyi*) Kontrolle über die Kernwaffen aufrechtzuerhalten. Dies sollte in einem weiteren Abkommen geregelt werden. Es gab eine bedeutende Korrektur bei der Definition des Begriffs, der für das Kommando über den militärisch-strategischen Raum der GUS verwendet wurde. Das Kommando sollte gemeinschaftlich bzw. gemeinsam (*ob'edinennoe*) erfolgen. Diese vage Formulierung diente zweifellos dem Zweck, die Empfindungen der Ukraine nicht zu verletzen; es stellt sich jedoch die Frage, wie es den Unterzeichnern gelang, die Zustimmung der Militärführung zur Absetzung Gorbatschows zu erlangen, der dann am 25. Dezember zurücktrat.

Gorbatschow verheimlichte nicht seine Meinung, die Gründung der GUS diene im wesentlichen dazu, ihn los zu werden. Jelzin und Schuschkewitsch, und vielleicht sogar Krawtschuk, hätten diesen Schachzug wahrscheinlich nicht ohne das Wissen um das Einverständnis der Oberbefehlshaber riskiert. In den Tagen vor dem Treffen in Minsk hatte Jelzin zwei Verordnungen erlassen. Die eine verpflichtete die russische Föderation, ab 1. Januar 1992 die Personalkosten aller sowjetischen Streitkräfte unabhängig vom Ort ihrer Stationierung zu übernehmen. Durch die andere wurden die Löhne der Offiziere erheblich angehoben. Da beim "Zentrum" der Union zu diesem Zeitpunkt zunehmend gekürzt wurde und es von finanziellen Zuschüssen der zögernden Republiken abhängig war, gewann das Lager Jelzins durch diese Maßnahmen beim Militär - rein aus materiellen Gesichtspunkten - sicherlich an Attraktivität.

Am 10. Dezember hatten sowohl Gorbatschow als auch Jelzin getrennte Treffen mit der Militärführung. Gorbatschow bestand im Verlauf dieser Gespräche auf der Notwendigkeit,

10 *Izvestiya*, 29.11.91.

11 Zusammenfassung des Textes in *Izvestiya* vom 9.12.91, vollständige Übersetzung in RFE/RL Research Report Vol.1 Nr. 2, 10. Jan. 1992.

die Union zu erhalten, sowie darauf, das Thema GUS von den obersten Sowjets der Republiken diskutieren zu lassen. Jelzin präsentierte die GUS als einzige Möglichkeit, Stabilität aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig sollte durch sie auch der Weg für eine Verteidigungsgemeinschaft geebnet werden, in der die zentrale Befehlsgewalt über Kernwaffen und andere strategische Truppen erhalten bliebe. Andere Verteidigungsfunktionen könnten, wie er sagte, an die souveränen Staaten übertragen werden.¹² Nach Angaben von Jelzin plante Rußland nicht, seine eigene Armee oder sein eigenes Verteidigungsministerium zu gründen, es sei denn, es werde dazu gezwungen. In jedem Fall müßte aber eine einheitliche Befehlsgewalt aufrechterhalten bleiben. Jelzin hinterließ wahrscheinlich dadurch einen guten Eindruck, daß er seine Besorgnis über die soziale Lage der Armee betonte und für eine Frage- und Antwort-Sitzung zur Verfügung stand, was Gorbatschow offensichtlich unterließ.

Das Ergebnis dieser wenigen aber verwirrenden und zugleich außerordentlich entscheidenden Tage scheint darauf hinzuweisen, daß die Oberbefehlshaber sich durch Gorbatschows Appell an ihre Loyalität zur Union nicht beeinflussen ließen, sondern sie sehr klar erkannt hatten, woher der Wind in finanzieller Hinsicht wehte. Desweiteren liegt die Vermutung nahe, daß sowohl vor als auch nach der Gründung der GUS nicht alle höheren Offiziere so überzeugt hinter der Aufrechterhaltung eines einheitlichen, zentralisierten Militärsystems standen, wie es den Anschein hatte. Schließlich war zu diesem Zeitpunkt nicht einmal klar, wieviele der restlichen neun Republiken sich der GUS anschließen würden. So machte Kasachstans Präsident Nasarbajew (den man zuvor für einen ziemlich engen Vertrauten von Jelzin gehalten hatte) einige bissige Bemerkungen über "slawische Ränkeschmiederei", die darauf zielten, Zentralasien an den Rand zu drängen bzw. auszuschließen. Dieses Problem war schnell gelöst, als am 21. Dezember in Alma-Ata der Beitritt von acht weiteren Staaten abgeschlossen wurde (Aserbaidshan, Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenien, Usbekistan).

Ohne Insider-Kenntnisse über die damaligen Verhandlungen zwischen Jelzin, Krawtschuk und der Militärführung fällt eine Aussage über die Situation schwer: wie sehr setzten sich die Beteiligten tatsächlich dafür ein, ein Militärsystem aufrechtzuerhalten, das dem existierenden möglichst nahe kam, oder spielten einige Generäle bereits mit dem Gedanken, mehr auf eine engere russische oder zumindest slawische politische und militärische Allianz hinzuwirken. Klar ersichtlich war zumindest, daß die Gründungsdokumente der GUS das Problem, die Schaffung nationaler Armeen mit dem Prinzip der Aufrechterhaltung einer einheitlichen Kommandostruktur bzw. eines gemeinschaftlichen militärisch-strategischen Raums zu verbinden, bemänteln mußten. Die vorherrschend russische Militärführung freundete sich später relativ leicht mit dem Gedanken an, ein russisches Verteidigungsministerium und eine russische Armee zu gründen. Es gab im nachhinein genug Anzeichen dafür, daß bei einem Teil der Oberbefehlshaber eine gewisse Nostalgie für die Union herrschte, was auf eine starke emotionale Bindung zum alten System schließen läßt. Es kann insofern nicht überraschen, daß die Militärführung der ehemaligen UdSSR Ende 1991

12 Über beide Treffen wird in Izvestiya vom 11.12.91 berichtet. Anscheinend nahmen an beiden Treffen keine Journalisten teil, und es wurden keine Transkripte veröffentlicht; jedoch basierten die Berichte der Izvestiya anscheinend auf Kommentaren von Teilnehmern. Die Zusammensetzung der Teilnehmer ist unklar, und es ist denkbar, daß Gorbatschow und Jelzin zu einem geringfügig unterschiedlichen Publikum gesprochen haben.

und Anfang 1992 verwirrt und verunsichert sowie bereit war, dem politischen Führer ihre volle Unterstützung zu geben, der am ehesten in der Lage war, die kurzfristigen materiellen Interessen der Armee zu sichern. Dabei spielte keine Rolle, ob dieser Führer eine klare Perspektive für die zukünftige Sicherheitspolitik bot oder nicht.

Ein interessanter Gedankenansatz wurde in dieser Zeit von einigen zivilen Moskauer Strategie-Experten formuliert. Es war das Konzept einer Quasi-Allianz mit dem Westen, d.h. dem Westen wurde gewissermaßen eine Pufferzone zu den chaotischeren, mehr im Osten und Süden gelegenen Regionen geboten. Es handelte sich mit anderen Worten also um eine Idee, deren logische Folge letztendlich eine Abtrennung Rußlands von Teilen der alten UdSSR gewesen wäre. Sogar einige militärische Autoren präsentierten ähnliches Gedankengut mit auffallend "anti-südlicher" oder "anti-islamischer" Färbung. Der Tenor war, daß man keine Tränen vergießen würde, wenn die zentralasiatischen Republiken ihren eigenen Weg einschlagen sollten.¹³ Die politischen Wirren initiierten wohl die Konzipierung einer Reihe verschiedener Szenarien für die sowjetische bzw. post-sowjetische Sicherheitspolitik, bei denen unterschiedliche Aspekte (die Haltung gegenüber dem Westen, gegenüber dem sowjetischen Zentralasien sowie gegenüber der islamischen Welt) eine Rolle spielten. Die Vermutung liegt nahe, daß auch die Entlassung des Chefs des Generalstabs, General Lobow, Anfang Dezember 1991 mit einer Meinungsverschiedenheit zwischen Lobow und Marschall Schaposchnikow zusammenhing. Man war sich nicht einig, in welchem Maße eine Dezentralisierung erforderlich sei, um eine gewisse Stabilität in dem sich auflösenden Militärsystem zu gewährleisten.¹⁴

Es gab jedoch einen ernsthaften Fehler in der Argumentation zugunsten jeglicher Art von ausgeprägter Organisation. Wie sich herausstellte, war die ukrainische Regierung weder an einer slawischen Allianz noch an der GUS als Militärbündnis ernsthaft interessiert. Das Resultat war daher letztendlich eine doch eher russisch-zentralasiatische Allianz. Im Laufe des Jahres 1992 entwickelte sich eine umfassende Diskussion über den Kurs der russischen Außenpolitik, in der die "Atlantiker" gegen die "Eurasier" kämpften. Die Entstehung dieser Diskussion ist darauf zurückzuführen, daß die russische militärisch-politische Elite erkannte, welches Ausmaß die Kluft in den russisch-ukrainischen Beziehungen angenommen hatte. Dies machte eine Klärung der zukünftigen Bindungen Rußlands mit den ehemaligen zentralasiatischen Republiken umso dringlicher.

In den Dokumenten für den Anschluß der acht zusätzlichen Staaten an die GUS wurde erneut die Absicht erklärt, eine einheitliche Kontrolle über Kernwaffen und ein "gemein-

13 Siehe A.I. Vladimirov, S Posokhov - *Obshcheevropeiskii soyuz bezopasnosti* (Mezhdunarodnaya zhihi 9, 1990) und auch - *Some Military Aspects of the Security Strategy of Our Civilisation* (European Security Studies, Vol. 1, Nr. 2, Sommer 1992). Vladimirov räumte ein, daß seine Gedanken nicht mit den offiziellen Meinungen zur Sicherheitspolitik übereinstimmten; dieser Artikel ist ein Plädoyer für ein "Weltsicherheitssystem" und für eine Vorrangstellung der nördlichen Sicherheit gegenüber einer Drohung vom "Süden".

14 Siehe die Rekonstruktion der Ereignisse Ende 1991 durch Jacob Kipp, in: *The Uncertain Future of the Soviet Military, From Coup to Commonwealth: The Antecedents of National Armies* (European Security Studies, Vol. 1, Nr. 2, Sommer 1992).

sames Kommando über militärisch-strategische Truppen" zu etablieren.¹⁵ Rußland wurde beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als Nachfolger der UdSSR anerkannt. Marschall Schaposchnikow wurde zum ad-interim-Kommandeur der Streitkräfte der GUS ernannt, bis weitere Entscheidungen zur ihrer Umformung gefällt seien. Als Organe der Gemeinschaft wurden ein Rat von Staatsoberhäuptern und ein Rat der Regierungschefs gegründet. In einem Sonderabkommen über die Kernwaffen erklärten Belarus, Kasachstan, Rußland und die Ukraine, daß die nuklearen Streitkräfte der Ex-UdSSR der gemeinschaftlichen Sicherheit aller Mitglieder der GUS dienten. Sie bestätigten die Prinzipien der Nichtverbreitung und der Nicht-Erstanwendung von Kernwaffen, sowie die Absicht, sie abzubauen. Bis zur endgültigen Vernichtung aller Kernwaffen auf dem Gebiet von Belarus und der Ukraine sollten Entscheidungen über ihre Anwendung durch den russischen Präsidenten mit Zustimmung der anderen Staatsoberhäupter nach "von den Beteiligten gemeinsam ausgearbeiteten Vorgehensweisen" getroffen werden. Der russische Präsident übte so die technische operative Kontrolle aus, war jedoch verpflichtet, vor einer etwaigen Entscheidung über den Einsatz von Kernwaffen Rücksprache zu halten (Kasachstan war, nebenbei bemerkt, in diesem Artikel des Abkommens nicht aufgeführt). Belarus und die Ukraine verpflichteten sich, als kernwaffenfreie Staaten dem Nichtverbreitungsabkommen beizutreten. Alle vier Unterzeichner versprachen, weder Kernwaffen noch Nukleartechnologie an andere Länder zu transferieren. Belarus, Kasachstan und die Ukraine verpflichteten sich weiterhin, alle taktischen Kernwaffen auf ihrem Gebiet bis zum 1. Juli 1992 an zentrale Einrichtungen (d.h. in Rußland) zu überführen, wo sie unter gemeinsamer Kontrolle vernichtet werden sollten. Schließlich versprachen alle vier Regierungen, ihren Parlamenten den START-Vertrag zur Ratifizierung vorzulegen. Am 25. Dezember, dem Tag seines Rücktritts als Präsident der UdSSR, unterzeichnete Gorbatschow eine Verordnung, mit der er den Oberbefehl über das Kernwaffenarsenal an Jelzin abtrat.

Der größte Teil der militärischen Kontroversen, mit denen die GUS im ersten Jahr ihrer Existenz zu kämpfen hatte, die den Westen beunruhigten und gleichzeitig die GUS zu einem solch problematischen politischen Gebilde machten, gehen auf Formulierungen in diesen Dokumenten zurück. Die vorangehende Zusammenfassung der Ereignisse Ende 1991 zeigt bereits, daß die Abkommen von Alma-Ata nicht einmal einen vorübergehenden Konsens über die neue militärisch-strategische Organisation der Ex-UdSSR darstellten. Sie versuchten nur, bereits deutlich sichtbare Risse, vor allem in den russisch-ukrainischen Beziehungen, zu verdecken. Schon bei Unterzeichnung waren sich fast alle Beobachter in der GUS und im Ausland darüber im klaren, wie zerbrechlich diese Abkommen waren.

1.2 Kernwaffen und konventionelle Streitkräfte

Die politischen Kämpfe, die sich in der GUS an der Frage des Besitzes von Kernwaffen entzündeten, lassen sich auf eine Mischung aus Unsicherheit und Eigeninteresse auf der russischen Seite und eine Mischung aus dem Wunsch nach Profilierung und Realpolitik auf

15 Alle Dokumente sind veröffentlicht in Sovetskaya Rossiya vom 24.12.91; Kommentare siehe VF Davydov - Raspad SSSR i nerasprostranenie yadernogo oruzhiya (SShA: Ekonomika, politika, ideologiya 3, 1992).

seiten der nicht-russischen Staaten zurückführen. Die Regierung der russischen Föderation zeigte sich beunruhigt über den Statusverlust, den sie mit der Auflösung der UdSSR auf sich zukommen sah. Dementsprechend war sie bemüht, ihre Glaubwürdigkeit als zuverlässige Nachfolgerin der UdSSR in den Augen ihrer westlichen diplomatischen Partner zu behaupten. Die Ukraine und Kasachstan ihrerseits wollten sich auf diplomatischer Ebene sichtbar profilieren. Dieses Bestreben beinhaltete den Anspruch auf Mitbestimmung über Kernwaffen und Kernwaffenpolitik, sowie die Absicht, ein Gegengewicht zur Tendenz russischer Vorherrschaft innerhalb der GUS anzustreben. Die Strategie war gar nicht so unvernünftig für Politiker, die versuchten, sich mit einem Minimum an zur Verfügung stehendem diplomatischem Handwerkszeug durchzusetzen. Dennoch hinterließ sie manchmal den Eindruck von Rücksichtslosigkeit und zeugte von einer äußerst zweideutigen Haltung hinsichtlich früherer anti-nuklearer Verpflichtungen. Rußland hatte den Vorteil, mit dem Argument, daß Aufstellung und Kontrolle von Kernwaffen auf dem Gebiet einer sich auflösenden Supermacht möglichst klar begrenzt sein sollten, an den gesunden Menschenverstand appellieren zu können. Aber russische Erklärungen trugen auch ihren Teil zu dem politischen Durcheinander bei. Wie bereits erwähnt, hatte die russische Regierung direkt nach dem Putsch im August erklärt, daß im Falle einer plötzlichen Auflösung der Union die Frage von Grenzrevisionen erörtert werden könne. Als Anfang 1992 immer deutlicher wurde, wie anfällig die GUS war, blieb dieses Thema ein potentieller Unsicherheitsfaktor. Besonders problematisch war die Abstimmung des russischen Parlaments im Januar 1992, welche den Status der Krim-Halbinsel (die 1954 von Rußland an die Ukraine abgetreten worden war) offen ließ. Dieser Vorfall verstärkte die Tendenz der Ukraine, in zunehmendem Maße alle verfügbaren diplomatischen Mittel im Kampf gegen das vage aber erkennbare Phantom russischer Vorherrschaft einzusetzen. Obwohl das regionale Parlament der Krim einem potentiellen Zusammenstoß mit ukrainischen Behörden gerade noch ausgewichen war, brachte das russische Parlament das Thema im Mai wieder zur Sprache und erklärte die Eingliederung der Krim in die Ukraine für illegal. Diese Maßnahmen des russischen Parlaments waren offene Verstöße gegen ein 1990 abgeschlossenes russisch-ukrainisches Abkommen, in dem die Unverletzbarkeit der damals bestehenden Grenzen der sowjetischen Republiken garantiert wurde.

Möglicherweise könnten zukünftige Entwicklungen diese Aussage widerlegen, aber entgegen großer Befürchtungen beschwor das Problem der Kernwaffen im ersten Jahr des Bestehens der GUS keine größere Krise herauf. Es stellte auch nicht die schwerwiegendste Herausforderung an die Existenzfähigkeit der GUS dar. Dies ist zum Teil auf den Einfluß des Westens zurückzuführen, der nicht daran interessiert war, mit vier unabhängigen Kernwaffenstaaten auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR zu verhandeln. In dieser Hinsicht stimmten die Ansichten Rußlands mit denen des Westens überein. Beide sahen in Rußland den einzigen legitimen nuklearen Nachfolgestaat der UdSSR. Außerdem befanden sich die Politiker und Berater in den neuen Staaten, die das Thema nicht nur politisch ausschlachten, sondern sich allen Ernstes oder zumindest angeblich für eine faktisch unabhängige Kernwaffenrüstung einsetzen wollten, in einer schwachen Position, da die finanziellen und infrastrukturellen Mittel der Ukraine und Kasachstans hierfür sehr begrenzt sind.

Die Kernwaffendebatte trug jedoch wesentlich zu den politischen Spannungen innerhalb der GUS bei. In einem Ende Dezember 1991 in Minsk verfaßten Abkommen wurden die Gründungsdokumente der GUS weiter ausgeführt. Darin wurden die "strategischen" Streitkräfte als diejenigen definiert, die in irgendeiner Beziehung zu nuklearen Elementen im Arsenal der Ex-Sowjetunion standen. Alle strategischen Kernwaffen in der Ukraine würden bis Ende 1994 unter Kontrolle der GUS bleiben. Bis dahin sollten die ukrainischen und weißrussischen Kernwaffen vernichtet werden. Der Text des Dokuments war nicht eindeutig, denn er sagte nichts darüber aus, daß die in Belarus stationierten strategischen Waffen unter GUS-Kontrolle zu stellen seien (allerdings war dies bereits im Alma-Ata-Abkommen festgeschrieben worden). Auch die strategischen Waffen in Kasachstan wurden nicht erwähnt.¹⁶

In späteren Verlautbarungen des US-Verteidigungsministeriums hieß es, Kasachstan und Belarus hätten ebenfalls zugestimmt, die strategischen Waffen bis Ende 1994 von ihren Territorien entfernen zu lassen. Es scheint jedoch kein veröffentlichtes GUS-Dokument zu geben, in dem diese Zusage festgehalten worden ist.¹⁷ Ob es nun ein Abkommen gab oder nicht, die ukrainischen und kasachischen Präsidenten waren jedenfalls froh, diese Situation in ihrem Bestreben nach diplomatischem Einfluß ausnutzen zu können. Präsident Krawtschuk plädierte für eine Vernichtung der nach Rußland transferierten Waffen unter internationaler Aufsicht. Dann kündigte er im März einen vorübergehenden Stop des Transfers taktischer Waffen an, bevor er der Frist des 1. Juli nachkommen wolle. Auch die Ukraine versuchte, ein Mitspracherecht über die Erfüllung der Bedingungen des START-I-Vertrages (über strategische Waffen) geltend zu machen. Kasachstan wollte nicht unbeteiligt bleiben und brachte die Idee einer Art gemeinsamer russisch-kasachischer Kontrolle über Kernwaffen ins Spiel. Kasachstan gab zu verstehen, daß es "seine" Waffen behalten würde, solange es noch Waffen in Belarus, der Ukraine und Rußland gäbe.¹⁸ Nasarbajew versuchte, seine USA-Reise im Mai dafür zu nutzen, die Anerkennung der USA für eine Art "Quasi-Kernwaffenstatus" Kasachstans zu erlangen und gleichzeitig eine Sicherheitsgarantie seitens der USA zu erhalten. Von beiden Vorhaben wurde er dort jedoch abgebracht.

Die Politik Rußlands im Bereich der Kernwaffen blieb nicht ohne Kontroversen. In einer Reihe von Kommentaren zur Außen- und Sicherheitspolitik führte Jelzin Ende Januar eher vage aus, daß die Kernwaffen der GUS nicht mehr auf amerikanische Städte zielten. Er schlug desweiteren (als Reaktion auf eine vorangehende amerikanische Initiative) als Ersatz für das SDI-Programm ein gemeinsames Forschungsprojekt im Bereich der Weltraumraketenabwehr vor.¹⁹ Krawtschuk wandte ein, Jelzin habe nicht das Recht, ohne vorherige Konsultationen Erklärungen zur Militärpolitik der GUS abzugeben. Der Vorschlag für ein

16 Frankfurter Rundschau vom 2.1.92.

17 Frankfurter Rundschau vom 7.2.92.

18 Vorschlag der "Gemeinsamen Kontrolle" wurde von BG Ayaganov gemacht, einem Berater von Präsident Nazarbaev, und zwar in einem Interview mit Krasnaya zvezda vom 26.2.92; der zweite Vorschlag wurde von Nasarbajews Presseprecher am Rande des GUS-Gipfeltreffens in Kiew im März gemacht, berichtet in der Frankfurter Rundschau vom 23.2.92.

19 Einzelheiten in Izvestiya 27.1.92, Sovetskaya Rossiya 30.1.92, und Jelzins Rede an die Vollversammlung der UNO, übersetzt in The Guardian 1.2.92.

SDI-Ersatzprogramm wurde von einigen russischen Kommentatoren kritisiert. Georgij Arbatow, ein erfahrener strategischer Experte und Berater für Ost-West-Beziehungen argumentierte zu Recht, daß die Idee nicht ernst genommen werden könne. (a) Weltraumverteidigungsstrategien könnten keinen Schutz vor "nuklearem Terrorismus" und anderen denkbaren Bedrohungen gewähren. (b) Die USA sei auf keinen Fall bereit, ihr fortgeschrittenes Technologie-Know-How mit der so gefährlich unstablen GUS zu teilen.²⁰ Arbatows negative Prognose schien zum Teil darauf zurückzuführen zu sein, daß er als Berater in Ungnade gefallen war. Andere russische Experten waren weniger skeptisch. Yevgenij Velikow, auch ein ehemaliger Berater Gorbatschows und ein langjähriger Gegner des SDI-Programms, erklärte völlig entgegengesetzt zu seinen früheren Überzeugungen, nur ein hartnäckiger Reaktionär könne gegen diese Idee sein.²¹ Will man ein bißchen nachsichtiger an diese Frage herangehen, könnte man argumentieren, daß jede Art von Gemeinschaftsprojekt eine vernünftige Methode darstellte, der drohenden Arbeitslosigkeit russischer und GUS-Militärforscher zu begegnen. Die Einzelheiten des Vorschlages waren dabei nicht so wichtig wie die Tatsache, daß man Bereitschaft signalisierte, sich dieser Problematik zu stellen.

Während ihres Gipfeltreffens im Juni 1992 unterzeichneten Bush und Jelzin in Washington ein Dokument, das den Gedanken der Zusammenarbeit bei der Weltraumraketenabwehr noch einen Schritt weiter führte. Es wurde eine Beratergruppe gebildet, die den möglichen Nutzen eines Globalen Schutzsystems (GPS) erforschen sollte. Diskussionsthemen sollten unter anderem die Weitergabe von Informationen aus Frühwarnsystemen, die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Raketenabwehrtechnologien, und die rechtlichen Grundlagen für eine solche Zusammenarbeit sein. Zwar bestand, wie russische Diskussionen in der Folge zeigten, ein Interesse an der möglichen Entwicklung eines gemeinsamen Frühwarnsystems, um einem Zusammenbruch des existierenden Systems der Ex-UdSSR vorzubeugen. Man ist aber auch skeptisch, und es gibt viele technologische und politische Barrieren gegen eine großangelegte Zusammenarbeit.²² Der Plan scheint auf jeden Fall nur eine begrenzte Zukunft zu haben.

In einem Schritt zur Regelung der Frage strategischer Waffen unterzeichneten die USA und alle vier relevanten ex-sowjetischen Nachfolgestaaten im Mai ein Zusatzprotokoll zum START-I-Vertrag (Juli 1991). Belarus, Kasachstan, Rußland und die Ukraine willigten ein, die Verpflichtungen der ehemaligen UdSSR aus diesem Vertrag zu übernehmen. Alle erklärten sich bereit, unabhängig voneinander den Vertrag zu ratifizieren. Belarus, Kasachstan und die Ukraine stimmten zu, dem NV-Vertrag als kernwaffenfreie Staaten

20 A Sychev - Avtor rossiiskikh initsiativ ostaetsya inkognito (Izvestiya, 8.2.92).

21 Velikow wurde zusammen mit Andrej Kokoschin in den Moscow News 12 interviewt, 22-29 März 1992. Kokoschin, der im April zu einem der beiden ersten russischen stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt wurde (s.u.) war während dieses Interviews deutlich zurückhaltender zu diesem Thema als Velikhov.

22 Abkommen in "Arms Control Today", Juni 1992; weitere Kommentare siehe Scott McMichael - Russian Opposition to a Joint Global Defense System (RFE/RL Report Vol. 1, Nr. 28, 10. Juli 1992); John Lepingwell - US-Russian Cooperation in Missile Defense (RFE/RL Report Vol. 1, Nr. 33, 21. August 1992).

beizutreten. Sie verpflichteten sich, innerhalb eines Zeitraums von sieben Jahren nach der Ratifizierung des START-I-Vertrages offensive Kernwaffen auf ihrem Territorium zu eliminieren. Auf der anderen Seite gab es aber auch noch Unstimmigkeiten. Eine russische Erklärung, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls abgegeben wurde, erinnerte daran, daß gemäß des Minsk-Abkommens vom Dezember 1991 die Waffen in der Ukraine bis Ende 1994 abgerüstet werden sollten.²³ Somit waren weitere Verhandlungen und Diskussionen zwischen Rußland und der Ukraine zu erwarten.

Belarus und Rußland unterzeichneten im Juli ein bilaterales Abkommen. Dieses ermöglichte Berichten zufolge der belarusischen Regierung, den Gebrauch strategischer Waffen auf ihrem Territorium zu verhindern - obwohl bezweifelt wurde, daß selbst Jelzin die Militärführung davon abhalten könne, Raketen abzuschießen, wenn sie dazu entschlossen wäre.²⁴ Die Ukraine hielt weiter daran fest, daß die strategischen Einheiten auf ihrem Territorium unter ukrainische administrative Kontrolle gestellt werden müßten. Demzufolge erwartete man von allen Soldaten, daß sie den ukrainischen Militäreid leisteten.²⁵ Ein offener Widerstand gegen Rußland in der Kernwaffenfrage brachte innenpolitisch offensichtlich auch andere Vorteile mit sich. Denn Minderheiten, besonders in Regionen mit stark nationalistischer Haltung, und einige kleine Oppositionsparteien gingen in ihren Forderungen noch weiter und befürworteten den zeitlich unbegrenzten Besitz von Kernwaffen durch die Ukraine.²⁶ Diese Meinungsverschiedenheiten über die Nuklearpolitik konnten auch bei dem GUS-Gipfeltreffen in Bischkek (Hauptstadt von Kirgisien) im Oktober nicht gelöst werden. Belarus, offensichtlich von Schaposchnikow unter Druck gesetzt, änderte seine Haltung und akzeptierte, daß die auf seinem Territorium verbleibenden Kernwaffen Rußland und nicht der GUS gehörten. Es hieß, auch Kasachstan nähme eine ähnliche Haltung ein. Die ukrainischen Vertreter bestanden nicht nur weiterhin darauf, die administrative Kontrolle auf ihrem Gebiet aufrechtzuerhalten. Sie gaben auch zu verstehen, daß sie die Bestimmungen des Lissabon-Abkommens, das eine Sieben- statt eine Zweijahresfrist für die Zerstörung "ihrer" strategischen Waffen vorgab, voll ausnutzen würden.²⁷ Es kamen sogar Zweifel auf, ob das ukrainische Parlament der Ratifizierung des START-I-Vertrages und der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages überhaupt wie vereinbart zustimmen würde.²⁸ Der START-I-Vertrag (einschließlich des Lissabonner Zusatzprotokolls) wurde von Kasachstan (im Juli 1992), von Rußland (im November) und von Belarus (im Februar 1993) ratifiziert. Rußland

23 Dokumente abgedruckt in Arms Control Today, Juni 1992.

24 Arms Control Reporter 9-92, Seite 611.E-2.37.

25 Izvestiya vom 10.5.92.

26 Kathleen Mihalisko - Defense in the CIS and Ukrainian Public Opinion (RFE/RL Report Vol. 1 No. 35, 4. Sept. 1992); also Vladimir Ruban - The Birth of a Military Power (Moscow News 33, August 16-23, 1992).

27 Siehe Marschall Schaposchnikow in Krasnaya zvezda vom 30.9.1992 (dort befürwortet er die russische "Staatlichkeit" aller GUS-Kernwaffen); Berichte über das Gipfeltreffen in Bischkek in Izvestiya vom 9.10.1992 und Krasnaya zvezda vom 10.10.92; spätere Kommentare durch den ukrainischen Verteidigungsminister Morozow siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.10.1992. Im August 1992 wurde Generaloberst Sergejew zum Oberkommandeur der russischen strategischen Streitkräfte ernannt.

28 Siehe Berichte in The Guardian vom 20.10.1992 und Moscow News 42, 18. - 15. Okt. 1992.

machte die Erfüllung des Vertrages von der endgültigen Ratifizierung und von der Unterzeichnung des NV-Vertrages durch seine drei Partner abhängig. Die ukrainische Regierung dagegen forderte weitere Sicherheitsgarantien und wirtschaftlichen Beistand als Gegenleistung für eine nukleare Abrüstung und widersetzte sich dem Druck seitens der USA und Rußlands. Dieses Problem bleibt ein Hindernis auf dem Weg zur weiteren nuklearen Abrüstung, da die USA und Rußland ohne die endgültige Ratifizierung des START-I-Vertrages nicht mit der Umsetzung des START-II-Vertrages (der im Januar 1993 unterzeichnet wurde) fortfahren können.

Die Frage der konventionellen Streitkräfte der ehemaligen UdSSR offenbarte noch stärker als die Frage der Kernwaffen die Zerbrechlichkeit des Kompromisses, der in den Gründungsdokumenten der GUS enthalten war. Offensichtlich gab es sehr starke Parallelen zwischen der Politik der Ukraine und Kasachstans. Beide versuchten, mittels der Kernwaffen an diplomatischem Einfluß zu gewinnen. In beiden Fällen war bis zu einem gewissen Grade Bluff mit im Spiel, weshalb diese Versuche nicht auf die Spitze getrieben wurden. Im Bereich der konventionellen Streitkräfte vertraten die Regierungen beider neuen Staaten völlig andere Meinungen. Dies verdeutlichte, wie schwach die gemeinsamen Grundlagen der GUS waren. Während die Ukraine auf ihrer militärischen Selbständigkeit beharrte und sich weigerte, Bestrebungen zur Aufrechterhaltung vereinter bewaffneter GUS-Streitkräfte zu unterstützen, blieb Nasarbajew lange Zeit einer der konsequentesten Befürworter sowohl eines integrierten Militärsystems als auch der GUS selbst.²⁹ Diese Haltung Nasarbajews läßt sich vielleicht als Folge der zentralen Lage Kasachstans zwischen den Kulturen Europas und Zentralasiens erklären. Sie zeugt vom Kalkül eines Politikers, der sich keinen Nutzen davon versprach, eine zunehmend starke nationalistische Stimmung in dem ethnisch gemischten Staat zu fördern. Nasarbajews opportunistische Haltung in der Kernwaffenfrage sollte jedoch Grund genug sein, das ihm von mancher Seite ausgesprochene Lob zu schmälern.³⁰

Da die russisch-ukrainischen Beziehungen schon zur Zeit der Gründung der GUS nicht gerade rosig gewesen waren, konnte es nicht überraschen, daß Krawtschuk die russische Führung bereits Mitte Januar 1992 herrschsüchtiger Ambitionen bezichtigte.³¹ Diese Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden mächtigsten GUS-Staaten fand vor dem Hintergrund des Krieges in dem sich auflösenden Jugoslawien statt. Russische Kommentatoren sagten häufig, ein solcher Krieg könne sich in der ehemaligen UdSSR wiederholen, falls Rußland und die Ukraine ihre Meinungsverschiedenheiten nicht auf friedlichem Weg lösten. Andere zogen eine Parallele zu den indo-pakistanischen Beziehungen, denn der Streit um das Gebiet der Krim könnte wie der Streit um Kaschmir zu einem langfristigen Zankapfel werden. Man ist versucht, ähnlich wie einige westliche Journalisten zu argumentieren. In ihren Kommentaren zu diesen Warnungen hieß es nämlich, solche Vergleiche übertrieben

29 Siehe z.B. sein Interview in Izvestiya vom 10.4.92.

30 Einige Hinweise zu der Denkweise hinter der kasachischen Politik, s. Iain Elliot - East-West-Debate in Alma-Ata (RFE/RL Research Report Vol. 1, Nr. 21, 22. Mai 1992); Martha Brill Olcott - Central Asia's Post-Empire Politics (Orbis Vol. 36, Nr. 2, Frühjahr 1992), und Central Asia's Catapult to Independence Foreign Affairs Vo. 71, Nr. 3, Sommer 1992).

31 Izvestiya vom 15.1.1992

die Gefahren; die jüngste Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen innerhalb der UdSSR rufe, obwohl sie vom Stalinismus geprägt seien (besonders die Hungersnot in der Ukraine in den Jahren 1932-33) nicht diese Art von Gegensätzen hervor, die zu den Brutalitäten des jugoslawischen Krieges geführt hatten. Dieses Argument läßt sich aber auch umkehren. Wenn die Meinungsverschiedenheiten wirklich grundsätzlich weniger explosiv als in Jugoslawien waren, warum war es dann so schwierig, Kompromisse zu finden, und weshalb wurde die Frage der ukrainischen bewaffneten Streitkräfte zu einem solch unüberwindlichen Hindernis für die Lebensfähigkeit der GUS? Leider scheint die Antwort zu lauten, daß ein Kreislauf von Widersprüchen entstand, weil die neuen politischen Führungsschichten Militärintstitutionen als die bedeutendsten Symbole für Staatssouveränität betrachteten. Auch mußte der Aufbau einer neuen militärischen Identität anscheinend durch Appelle an vergangenen nationalen Ruhm oder durch die Beschuldigung anderer, ein unvernünftiges und bedrohliches Verhalten an den Tag zu legen, gerechtfertigt werden.

Dieser Argumentation zu folgen heißt nicht unbedingt, die ukrainische Führung für die Verschlechterung der Beziehungen verantwortlich zu machen, obwohl einige russische Kommentatoren Krawtschuk vorwarfen, bewußt eine anti-russische Gesinnung zu schüren.³² Russische Politiker trugen das Ihre dazu bei. Sie waren nicht fähig bzw. nicht bereit, eine nationale Identität durch etwas anderes als den Begriff einer "großen Nation" zu definieren. Das grundlegendste Problem war die Überzeugung, die ständig und nachdrücklich von zahlreichen Politikern und Militärs vertreten wurde, ein echter Staat müsse selbstverständlich seine eigene Armee besitzen. Da keiner der Gründer der GUS diese Institution letztlich für einen Staat hielt, war die Logik der Entwicklung zu unabhängigen russischen und ukrainischen Armeen sowie das Potential für Zwistigkeiten bei der Aufteilung der existierenden Streitkräfte für alle offensichtlich. Viele hielten die Option einer russischen Armee anstelle eines gemeinsamen Systems für die schlechtere Alternative. Nachdem jedoch die UdSSR nicht mehr existierte, konnte das Ideal eines gemeinsamen Systems nicht mehr lange aufrechterhalten werden.

Bereits im Dezember 1991 wurden Forderungen und Gegenforderungen bezüglich der Loyalität der nicht-strategischen Teile der ex-sowjetischen Streitkräfte laut. Die ukrainische Führung forderte die Rechtsprechung über alle nicht-strategischen Streitkräfte auf ukrainischem Territorium und formulierte einen ukrainischen Eid, den die Streitkräfte schwören sollten. Aus diesen anfänglich formellen Streitpunkten entwickelte sich die Diskussion über den Besitz der Schwarzmeerflotte. Die Ukraine und Rußland waren sich nicht darüber einig, welches die nicht-strategischen Elemente dieser Flotte darstellten. Verschiedene Vereinbarungen bzw. Quasi-Vereinbarungen wurden getroffen und wieder verworfen. Nur gelegentlich warfen journalistischen Kommentare die von gesundem Menschenverstand diktierte Frage auf, wozu die Schwarzmeerflotte überhaupt nützlich sei, und wer es sich leisten könne, für ihre Aufrechterhaltung zu zahlen.³³ Diese Kontroverse überschneidet sich

32 Eine düstere Prognose zur Zukunft der russisch-ukrainischen Beziehungen, s. Interview mit Sergej Karaganow in *Izvestiya* vom 24.6.1992.

33 Vladimir Nadein - Chernomorskii flot vykhodit na ognevye ambitsii (*Izvestiya* vom 10.1.92.). Weitere Einzelheiten zu der Flotte, ihrer Geschichte und den Fortgang der Diskussion, s. Douglas L. Clarke - *The Saga of the Black Sea Fleet* (RFE/RL Research Report Vol. 1, Nr. 4, 24. Jan. 1992), und *The*

mit der Frage des Status der Krim, auf der Sevastopol, der Hauptstützpunkt der Flotte, liegt.

Die ukrainischen Streitkräfte begannen sich zu formieren, Kommandeure und Einheiten schworen den neuen Eid, obwohl die Moskauer militärische Presse berichtete, daß häufig ungerechtfertigter Druck zur Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten ausgeübt wurde. Aussagen der ukrainischen Führung zufolge war das ursprüngliche Ziel die Gründung einer etwa 400 bis 450.000 Mann starken Armee.³⁴ Diese Wunschzahl wurde nach und nach reduziert, und Mitte des Jahres sprach man von einer Größenordnung von 200 - 220.000 Mann. Die Schwierigkeiten, die existierenden bewaffneten Streitkräfte auf ukrainischem Territorium derart zu reduzieren, waren jedoch voraussehbar. Man gab nämlich inzwischen zu, daß sich eine große Anzahl russischer Offiziere aus Angst, sonst ihr Recht auf Unterkunft zu verlieren, zur Verteidigung auf die Ukraine entschlossen hatten. (Die Sorge um Unterbringung und materielle Anstellungsbedingungen war zweifellos für viele Offiziere der Grund, ihren derzeitigen Standort zu verlassen, nicht nur in der Ukraine.)

Während der GUS-Treffen im Dezember 1991 und Januar 1992 ließ Belarus, wenn auch nicht mit derselben Dringlichkeit, seine Absicht erkennen, ebenfalls den Kurs in Richtung auf den Aufbau einer eigener Streitkräfte einzuschlagen. Präsident Schuschkewitsch faßte die wesentlichen Punkte dieser Politik in einem Interview mit der Krasnaya zvezda im Januar wie folgt zusammen: "Wir müssen von den Charakteristika eines unabhängigen Staates ausgehen. Und zu den Kennzeichen eines unabhängigen Staates gehört eine Armee."³⁵ Im März wurde als Ziel eine 90.000 Mann starke Armee genannt.³⁶ Nachdem zwei der drei Gründungsmitglieder der GUS ihre Absicht so klar deklariert hatten, folgten in den nächsten Monaten ähnliche Erklärungen von Moldawien, Aserbaidschan, Usbekistan und Turkmenien. Grund hierfür waren zum Teil auch die Bestrebungen der jeweiligen Regierungen, ihre Autorität zu konsolidieren.

Weder die ukrainische noch die weißrussische Regierung gingen bei der Planung ihrer Sicherheitspolitik von einer Bedrohung seitens des Westens aus. In Führungskreisen beider neuer Staaten ging es mit der Entwicklung nationaler militärischer Grundsätze und Konzeptionen nur sehr langsam voran. Die Regierungen befürchteten hauptsächlich, daß die fortdauernde wirtschaftliche Krise zu einem Unsicherheitsfaktor werden könnte, und, in geringerem Ausmaße, daß ethnische Konflikte aufbrechen könnten. Die traditionell bekannten Sicherheitsbedrohungen spielten die kleinste Rolle. Selbst die Reaktion des Westens auf

Battle for the Black Sea Fleet (RFE/RL Research Report Vol. 1, Nr. 5, 31. Jan. 1991); Sir James Eberle - Russia and Ukraine - what to do with the Black Sea Fleet? (The World Today, August/September 1992).

34 Die Zahl 400.000 stammt aus einem "Verteidigungskonzept" des Höchsten ukrainischen Sowjets vom Dezember 1991; s. Kathleen Mihalisko - Ukraine Asserts Control over Nonstrategic Forces (RFE/RL Research Report Vol. 1, Nr. 4, 24. Jan. 1992).

35 Krasnaya zvezda vom 17.1.92.

36 Krasnaya zvezda vom 6.3.92, und s. Kathleen Mihalisko - Belarus Moves to Assert Its Own Military Policy (RFE/RL Research Report Vol. 1, Nr. 11, 13. März 1992).

einem potentiellen Kontrollverlust über Kernwaffen schien nicht sehr hoch auf der Liste der zu erwartenden Gefahren zu rangieren. Auf der anderen Seite gaben einige der militanteren unter den nationalistischen Parteien und Organisationen der Ukraine ausdrückliche Erklärungen über eine potentielle Bedrohung der ukrainischen Unabhängigkeit durch Rußland ab. Sie setzten sich dafür ein, eine Sicherheitspolitik auf dieser Prämisse zu konzipieren. Sowohl in der Ukraine als auch in Belarus war die Angst vor Rußland als einer übermächtigen regionalen, durch ihr zaristisches Erbe geprägten Macht weit verbreitet. In Belarus, einem ehemaligen militärischen Grenzdistrikt innerhalb des sowjetischen Militärsystems, wurde diese Angst wahrscheinlich noch dadurch gesteigert, daß eine Anzahl von Elite-Einheiten auf weißrussischem Territorium stationiert blieb. Man befürchtete ständig, konservative Offiziere könnten den Putschversuch vom August 1991 wiederholen.³⁷

Anfang 1992 war die russische Führung selbst sehr stark um eine Stärkung der militärischen Strukturen der GUS bemüht. Im Februar wurden bei einem Treffen in Minsk offiziell Gemeinschaftsstreitkräfte der GUS ins Leben gerufen und Marschall Schaposchnikow als ihr Kommandeur eingesetzt. Man gründete einen Verteidigungsministerrat und unterzeichnete Abkommen über strategische und allgemeine Streitkräfte. Dieses Treffen hinterließ jedoch keinen überzeugenden Eindruck, denn das Strategiepapier enthielt weder eine klare Definition des Begriffes "strategisch", noch unterzeichneten die Ukraine, Aserbaidshan und Moldawien diese Vereinbarung.³⁸ Die Bestätigung dafür, wie wenig von solchen Bemühungen zu erhoffen war, erfolgte am 20. März in Kiew. Dort wurde ein GUS-Oberkommando gegründet, aber die Ukraine (zusammen mit Moldawien und Aserbaidshan) verweigerte die Teilnahme. Auf dem Treffen gelang es nicht, wesentliche Fragen wie die Definition der strategischen Streitkräfte und die Aufteilung der Schwarzmeerflotte zu lösen.³⁹ Das Maximum, das Befürworter einer vereinten Armee danach erhoffen konnten, schien eine Allianz zu sein, die eine Verbindungssachse zwischen Rußland und den zentralasiatischen Staaten herstellte.

Westliche Diplomaten hatten bereits versucht, auf die Zukunft des sowjetischen Kernwaffenarsenals einzuwirken. Ebenso war der Westen auch daran interessiert, die Aufteilung der konventionellen Streitkräfte entsprechend des bereits (im November 1990) unterzeichneten KSE-I-Vertrags und der laufenden Verhandlungen zum "KSE-I A"-Vertrags über Militärpersonal zu beeinflussen. In Bezug auf die konventionellen Streitkräfte wurde im Westen weniger mit den Russen sympathisiert, die auch in dieser Hinsicht als wichtigster Nachfolgestaat anerkannt werden wollten. Er hatte mehr Verständnis für den Wunsch der anderen

37 Zu diesen Fragen, s. Hans-Henning Schröder/Eberhard Schneider - Moskau - Minsk - Kiew: Sicherheitspolitische Perzeptionen im Werden. Eindrücke von einer fact-finding-mission (Bericht des BIOst 19, Köln 1992). Über die Ansichten der militanten Nationalisten, und Annahmen zu ihrem Einfluß auf das ukrainische Kommando, s. V. Ruban, The Birth of a Military Power (Moscow News 33, 1992) (zusammen mit einigen Einzelheiten zur Schaffung bewaffneter Streitkräfte in den anderen Nachfolgestaaten).

38 S. Texte in Krasnaya zvezda vom 18.2. und 19.2.92, ITAR-TASS vom 18.2.1992, und die Erläuterung Schaposchnikows zu dem Papier über allgemeine Streitkräfte in Krasnaya zvezda vom 22.2.92.

39 Interviews mit Schaposchnikow und dem ukrainischen Verteidigungsminister Morozow in Izvestiya vom 24.3.1992, sowie mit Schaposchnikow in Krasnaya zvezda vom 24.3.92.

Staaten, dies zu verhindern. Das Problem wurde durch verschiedene Faktoren noch weiter kompliziert: bei den Verhandlungen war man anfänglich von der ehemaligen sowjetischen Aufgliederung in militärische Distrikte ausgegangen, die nicht mit den Grenzen der neuen Staaten übereinstimmten; auch der bereits zwischen Armenien und Aserbaidschan wütende Militärkonflikt trug dazu bei. Trotz dieser Hindernisse konnte man im Mai auf dem GUS-Gipfeltreffen in Taschkent ein Abkommen über eine exakte Aufteilung von Panzern, Artillerie usw. zwischen Armenien, Aserbaidschan und Georgien, sowie Zuteilungen an Belarus, Moldawien, die Ukraine und Rußland erzielen. Das Gesamtvolumen der Militärausrüstung entsprach der früher für die europäische Sowjetunion (bis zum Ural) vereinbarten Größenordnung.⁴⁰ Darüberhinaus wurden im Juli zwischen der NATO, den Ex-WVO und den GUS-Staaten Kontingente für militärisches Personal unter einem KSE I A-Abkommen vereinbart. Dieses stand der Ukraine und Belarus höhere Kontingente zu, als sie selbst bis dahin geplant hatten (jeweils 450.000 und 100.000).⁴¹

1.3 Kollektive Sicherheit oder bilaterale Beziehungen?

Etwas Rückenwind erhielt die GUS durch einen Vertrag über gemeinsame Sicherheit, der am 15. Mai während des Treffens in Taschkent, jedoch nur von den sechs Mitgliedstaaten Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Rußland, Tadschikistan und Usbekistan, unterschrieben wurde. Die Unterzeichner verpflichteten sich, keiner anderen Militärallianz oder anderen Staatengruppen beizutreten. Das hieß, Rußland könnte nicht Mitglied dieses Vertrages bleiben, wenn es die ernsthafte Absicht hätte, sich in Zukunft der NATO anzuschließen. Die Unterzeichner gingen im wesentlichen folgende positiven Verpflichtungen ein: gegenseitige Konsultationen und Maßnahmen bis hin zu militärischem Beistand im Falle einer Aggression gegen eines ihrer Mitglieder sowie die Schaffung eines Rates für gemeinsame Sicherheit, der die Aktivitäten der Unterzeichner des Vertrages koordinieren und eventuell notwendig werdende Körperschaften einrichten sollte.⁴² Die Unterzeichner verpflichteten sich weiter, auf ein umfassendes System gemeinsamer Sicherheit in Europa und Asien hinzuwirken. Die Staatsoberhäupter waren verantwortlich für Entscheidungen über den Einsatz der bewaffneten Streitkräfte der Mitglieder. Weitere Abkommen sollten das Aufmarschgebiet der Streitkräfte und das Funktionieren militärischer Einrichtungen auf ihren Territorien regeln. Eine gesonderte Erklärung verpflichtete die Unterzeichnerstaaten, die ex-sowjetischen Streitkräfte auf ein Maß zu reduzieren, wie es internationale Verträge festschrieben (diese Erklärung wurde sowohl von den Staaten, die den gemeinsamen Sicherheitsvertrag unterzeichnet hatten, als auch von Aserbaidschan, Belarus, Turkmenien und der Ukraine unterschrieben).

40 Einzelheiten s. Douglas L. Clarke - Implementing the CFE Treaty (RFE/RL Research Report Vol. 1, Nr. 23, 5. Juni 1992), und, mit etwas genaueren Zahlenangaben versehen, BASIC Reports 22, 3. Juni 1992. Für den Hintergrund, s. Pal Dunay - CFE and the CIS: The difficult Road to Ratification (PRIF Report 29, Februar 1993).

41 Zahlen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2.7.1992.

42 Krasnaya zvezda vom 23.5.92.

Das Abkommen war, verglichen mit den Hoffnungen der Befürworter des alten Systems, ein sehr kleiner Schritt, auch wenn es der GUS als Achse Rußland - Zentralasien eine Zukunft versprach. Daß das Abkommen zwar von Armenien aber nicht von Aserbaidschan unterzeichnet worden war, hatte eine eindeutige Konsequenz. Rußland hatte von nun an Armenien in seinem Konflikt mit Aserbaidschan zu unterstützen, sobald es sich um Sachverhalte handelte, die in den Bereich des Vertrages fielen. Im Frühjahr und Sommer 1991 wiesen starke Anzeichen darauf hin, daß die sowjetische Armee und Truppen des Innenministeriums Aserbaidschanischen Einheiten halfen, eine Politik der Zwangsdeportation von Armeniern in und um Berg-Karabach durchzusetzen - wahrscheinlich ein letzter Versuch, die Union zu erhalten.⁴³ Als der GUS-Vertrag unterzeichnet wurde, waren die Armenier gerade dabei, die Oberhand zu gewinnen. Die Aserbaidschaner beschuldigten Rußland, die Armenier zu unterstützen. Berichte aus der Krisenregion legen nahe, daß diese Behauptungen nicht ganz unrichtig waren.

Im Oktober 1992 gab es auf dem Gipfeltreffen in Bischkek Hinweise, daß das Oberkommando der GUS als Forum für Konsultationen der Vertreter der einzelnen Staaten untereinander an Bedeutung gewinnen könnte. Man unterzeichnete ein Papier über eine gemeinsame Sicherheitskonzeption für die GUS.⁴⁴ Es gab jedoch immer noch Befürworter der Aufrechterhaltung einer militärischen Anbindung, wie besonders die Unterzeichnung einer Reihe von bilateralen Abkommen und Verträgen zwischen Rußland und seinen Partnern verdeutlichte; die GUS wurde dadurch etwas gestärkt, es bedeutete aber nicht die Schaffung einer permanenten multinationalen Infrastruktur.

In ihrem sicherheitspolitischen Inhalt waren diese Abkommen nicht einheitlich. Äußerst interessant war vor allem, daß sie sowohl von Staaten unterschrieben wurden, die Mitglieder des gemeinsamen GUS-Sicherheitsabkommens waren, als auch von anderen Staaten, die der Gemeinschaft fast vollständig den Rücken gekehrt hatten. Im Mai wurde ein Abkommen mit Kasachstan unterzeichnet, in dem die Grundsätze einer gemeinsamen Sicherheitszone und der gemeinsamen Nutzung von Stützpunkten festgeschrieben wurden.⁴⁵ Dieses Abkommen steht im Einklang mit der schon lange bestehenden Bereitschaft Präsident Nasarbajews, die GUS als eine Institution anzuerkennen, die in verteidigungs- und wirtschaftspolitischer Hinsicht eine Gemeinschaft darstellt. Belarus, kein Mitglied des gemeinsamen Sicherheitspaktes, unterzeichnete nicht nur das bereits erwähnte Abkommen über nukleare Streitkräfte, sondern darüberhinaus ein Papier, in dem es um die Zusammenarbeit in Bereichen wie der Luftraumverteidigung ging.⁴⁶ Der Status der russischen Streitkräfte in Zentralasien war in einer Reihe von Abkommen geregelt, wonach die auf den Territorien

43 See David E. Murphy - Operation 'Ring': The Black Berets in Azerbaijan (The Journal of Soviet Military Studies Vol.5 No.1, March 1992).

44 Über die Strukturen dieser GUS-Militärinstitutionen, siehe Izvestiya 9.7.92, Krasnaya zvezda 9.7.92 und 13.8.92; über die Entwicklungen auf dem Bischkek-Gipfel, Krasnaya zvezda 13.10.92 und 30.10.92. Gemäß der Krasnaya zvezda vom 11.11.92, sah das militärische Sicherheitskonzept, das in Bischkek verabschiedet wurde, gemeinsame Streitkräfte vor, die lokale Konflikte an den äußeren Grenzen der Gemeinschaft verhindern sollten.

45 Krasnaya zvezda 27.5.92.

46 RFE/RL Research Report Vol. 1 No. 31, 31. July 1992, S. 60

Usbekistans, Kasachstans und Kirgisiens stationierten Einheiten unter die jeweilige Jurisdiktion dieser Länder fielen, während die Truppen in Tadschikistan und Turkmenien unter russischer Jurisdiktion verblieben.⁴⁷

Es ist offensichtlich, daß keines dieser bilateralen Abkommen zwischen gleichwertigen Partnern abgeschlossen wurde. In einigen Fällen reflektieren sie das Bewußtsein der neuen Regierungen, daß ihre eigenen Staaten so schwach bzw. so schlecht organisiert sind, daß einzig und allein russische Truppen die innere Sicherheit gewährleisten oder die Grenzen sichern können. Die tadschikisch-afghanische Grenze z.B. war anscheinend völlig offen für den Transport von Waffen, die für den Einsatz in Tadschikistan bestimmt waren. Maßnahmen, die auf den ersten Blick die GUS zu stärken scheinen, spiegeln somit teilweise nur die Schwächen der neuen Staaten wider. Sie waren außerdem dazu angetan, später von eher anti-russischen Gegnern gerade der Regierungen widerrufen zu werden, die sich ihnen zunächst angeschlossen hatten. Zweifellos gibt es Grenzen für den neuen "Bilateralismus", sobald es sich um etwas gleichwertigere Beziehungen handelt so wie zwischen Rußland und der Ukraine. Nach der Grundsatzvereinbarung im Juni, einen bilateralen politischen Vertrag aufzusetzen, reagierte die ukrainische Regierung negativ auf einen ersten russischen Vertragsentwurf. In diesem wurden anscheinend gemeinsame Verteidigungsgrundsätze und die Aufstellung russischer Truppen auf ukrainischem Territorium vorgeschlagen.⁴⁸ Es ist schwer zu sagen, warum die russischen Verfasser des Entwurfs glaubten, der Vorschlag dieser Bestimmungen mache Sinn. Vielleicht hatte sie die fast vollständige Abhängigkeit der übrigen zentralasiatischen Regierungen geblendet. Trotz allem gab es nach dem ersten Jahr des Bestehens der GUS einen Grund zur Genugtuung. Die russisch-ukrainischen Beziehungen waren nicht in einen unerbittlichen Krieg ausgeartet, wie es Kommentare zu Beginn des Jahres hatten befürchten lassen.

Es gab zwar Anfang 1993 Spekulationen über die Möglichkeit einer zentralasiatischen Allianz zwischen Kasachstan und den anderen zentralasiatischen Staaten. Dies scheint jedoch eher ein taktisches Manöver innerhalb der GUS gewesen zu sein als ein strategischer Plan, diese tatsächlich zu verlassen. Weitere Dokumente, die von Mitgliedern des gegenseitigen Sicherheitsabkommens im Januar 1993 auf dem Gipfeltreffen in Minsk unterzeichnet wurden, sollten diese gemeinsame Sicherheitspolitik stärken.⁴⁹ Die Ukraine weigerte sich jedoch, eine allgemeiner gehaltene "GUS-Charta" zu unterzeichnen.

47 Arms Control Reporter Vol 11 No. 8-9, Aug.-Sept. 1992.

48 Gemäß dem The Guardian vom 23.9.92, und Ann Sheehy - The CIS: Progress Report (RFE/RL Research Report Vol. 1 No. 38, 25. Sept. 1992).

49 Krasnaya zvezda 17.2.93

2. Die Nationalisierung der Sicherheitspolitik und die Interventionsfrage

2.1 Auf dem Weg zu einer russischen Armee

Die russische Regierung war nicht dazu verpflichtet, unter allen Umständen ein einheitliches Militärsystem aufrechtzuerhalten. Wie bereits erwähnt, konnten die unklaren Umstände bei der Gründung der GUS durchaus Zweifel daran aufkommen lassen, ob die Jelzin-Regierung ein klares Konzept für eine Militärpolitik hatte. Es mußten jedoch gute Beziehungen zum militärischen Establishment, von dem ein Großteil sich zu dem Gedanken vereinter Streitkräfte bekannte, aufrechterhalten werden. Diese Notwendigkeit zwang zu einer Politik, die am Prinzip eines einheitlichen Militärsystems festhielt, solange es überhaupt noch realisierbar erschien. Innerhalb der Armee herrschte nach dem Zusammenbruch der UdSSR ein spürbares Gefühl der Demütigung. Man kann davon ausgehen, daß die russische Regierung in den ersten Monaten des Jahres 1992 Angst vor einer heftigen Reaktion der Armee hatte, falls die GUS so bald nach ihrer Gründung das gleiche Schicksal wie die UdSSR ereilen sollte.⁵⁰ Gleichzeitig wurde jedem neutralen Beobachter sehr schnell deutlich, daß die Aufrechterhaltung eines einheitlichen Systems nicht möglich war. Jelzins im wesentlichen nationalistische Reaktion auf diese Situation war politisch geschickt, wenn sie auch im besten Fall nur eine halbe Lösung darstellte: eine russische Armee. Den Offizieren, die über die Auflösung der UdSSR ziemlich unglücklich gewesen waren, fiel es leichter, russischen Institutionen und einer russischen Armee gegenüber Loyalität zu erweisen als einer noch formlosen und unbefriedigenden GUS. Für die Offiziere, die sich in erster Linie Rußland verpflichtet fühlten, war Rußland ohnehin von Anfang an attraktiver als die GUS.

Anfang 1992 trat man im Offizierskorps noch sehr stark für vereinte Streitkräfte ein. Mitte Januar kamen fast 5.000 Offiziere in Moskau zusammen, um eine allgemeine Offiziers-Versammlung abzuhalten. Diese ursprünglich zaristische Einrichtung lebte 1988 zu einer Zeit wieder auf, als die Armee sowohl seitens der politischen Führungsschicht als auch seitens der sowjetischen Gesellschaft unter Druck geraten war.⁵¹ Jelzin teilte der Versammlung mit, Rußland befürworte vereinte Streitkräfte für die GUS. Marschall Schaposchnikow unterstützte diese Meinung, machte aber keine unrealistischen Versprechungen. Er gestand ein, daß einige GUS-Staaten bereits Vorkehrungen zur Bildung eigener Streitkräfte trafen, bestand aber auf der Notwendigkeit, einen "einheitlichen Verteidigungsraum" beizubeh-

50 Einen Hinweis über den Unmut, der zumindest in einigen Militärkreisen herrschte, s. den Kommentar des militärischen Beobachters der Pravda, Colonel V Izgarshev - Krasnaya armiya vsekhn sil'nei? (Pravda vom 6.1.92); Eine Meinungsumfrage, die zeigt, daß 71% der befragten Offiziere die Wiederherstellung der UdSSR befürworteten, s. Aleksandr Putko - Nastroeniya v armii bespokoyat i samykh voennykh (Nezavisimaya gazeta vom 5.2.92); diese Befragung wurde bei der Offiziersversammlung Mitte Januar (s. unten) durchgeführt. Andere Umfragen (z.B. in Krasnaya zvezda vom 6.3.92) zeigten, daß große Mehrheiten gegen eine direkte politische Intervention der Armee waren, wobei nicht erläutert wurde, was man unter "politischer Intervention" verstand.

51 Zur Geschichte dieser Versammlungen s. Nikolai Byrbyga & Viktor Litovkin - Problema armii - eto problema mira na nashei zemle (Izvetiya vom 17.1.92).

halten. Versammlungsteilnehmer äußerten ihren Ärger, daß Armeeingehörige und ihre Familien zusammen mit Armee-Eigentum "nationalisiert" würden (der Kommandeur der Schwarzmeerflotte, Admiral Kasatonow). Sie erinnerten an das Chaos und externe Interventionen in den Jahren 1918 - 21 (Generaloberst V. Patrikeew, Kommandeur des ehemaligen Militärdistrikts Transkaukasien) und kritisierten die Gründung der GUS als illegalen Putsch (Oberst V Alksnis, ein alter Gegner Gorbatschows und Schewardnadses). In der von der Versammlung verabschiedeten Erklärung wird an die Streitkräfte appelliert, die Einheit zu bewahren, wobei dies mehr als grundlegende patriotische Pflicht verstanden wurde, denn als Aufruf zur Erhaltung der aufgelösten UdSSR.⁵²

So kraftvoll diese Versammlung auch ihre Standpunkte vertrat, sie protestierte gegen militärisch-politische Entwicklungen, die in einigen Teilen der GUS bereits vollendete Tatsachen darstellten - vor allem in der Ukraine, von deren Repräsentanten niemand das Wort an die Versammlung richtete. Die Beschwerden erinnerten stark an ähnliche Versammlungen im Herbst 1990, in denen die Militärführung versucht hatte, Druck auf Gorbatschow auszuüben, damit er sich mehr für die Armee und die Union einsetzte. Zu jener Zeit hatte diese Taktik vorübergehend funktioniert. Damals im Frühjahr 1991 hatten die Befürworter der Unionspolitik eine schnelle Unterzeichnung des neuen Unions-Vertrages gefordert, weil sie hofften, damit ein Abbröckeln der Union verhindern zu können. Ebenso wurden bei den jetzigen Forderungen, eine neue Gesetzgebung zur Sicherung des Militärsystems der GUS einzuführen, wesentliche Entwicklungen wie z.B. die russisch-ukrainischen Beziehungen nicht ausreichend berücksichtigt.

Die Erklärungen, die Jelzin vor der Offiziersversammlung für die GUS abgab, widersprachen sowohl Andeutungen anderer bedeutender Persönlichkeiten als auch seinem eigenen Sprachgebrauch. Dieser verriet zunehmend russischen Nationalismus, um die öffentliche Meinung hinter seine Regierung zu bringen. Anfang Januar war im Rahmen des Konfliktes mit der Ukraine ein militärischer Treueeid zur russischen Föderation veröffentlicht worden.⁵³ Während eines Besuches in Uljanowsk in der frühen Phase des Schwarzmeerflotte-Konflikts erklärte Jelzin, daß "die Schwarzmeerflotte russisch war, ist und bleiben wird".⁵⁴ Einer seiner Mitarbeiter erklärte im nachhinein, der Präsident habe natürlich gemeint, daß die Flotte der GUS gehöre. Zweifellos war jedoch ein Präzedenzfall dafür geschaffen worden, an die russischen patriotischen Gefühle zu appellieren, sobald es eng wurde. Jelzin setzte diese Taktik erstmalig zu einem Zeitpunkt ein, als er infolge der hochgetriebenen Preise Anfang des Jahres unter dem Druck der öffentlichen Unzufriedenheit stand.

General-Major Nikolaj Stolyarow bekundete im Januar, keiner der anderen neuen Staaten könne sich eine eigene Armee leisten. Es sei aber kein Problem, eine "große russische Armee"⁵⁵ aufzustellen, falls sich die Organisation einer GUS-Armee als unmöglich erwei-

52 Alle Reden sind abgedruckt in Krasnaya zvezda vom 21.1.92.

53 Krasnaya zvezda vom 9.1.92

54 Krasnaya zvezda vom 11.1.92

55 N. Stolyarow - Integratsiya tak zhe tsenna, kak i nezavisimost' (Izvestiya vom 16.1.92).

sen sollte. Der russische Vize-Präsident General Alexander Ruzkoj, der zu jener Zeit die Wirtschaftspolitik der Regierung scharf kritisierte, appellierte in verschiedenen Reden und Artikeln an die russische Militärtradition.⁵⁶ Ruzkoj bezog sich sogar sehr explizit auf die Tradition des russischen Reiches: "Ist es möglich, daß wir, Rußland, eine große Macht, die für ihre Armee berühmt ist - eine Armee voller Ehre und Würde, eine unbesiegbare Armee, die über Jahrhunderte hinweg legendäre Siege errungen hat - unsere Armee und die Menschen in einen Zustand der Armut gebracht haben". "Unsere größte Verpflichtung entstammt der tausendjährigen Geschichte Rußlands."

In der Presse erschienen weitere Hinweise darauf, daß Rußland früher oder später seine eigene militärische Infrastruktur aufbauen würde, wenn solche Andeutungen auch in einigen Fällen möglicherweise auf politische Kämpfe innerhalb der russischen Führung zurückzuführen waren. Unter denen, die einen solchen Schritt für unvermeidlich hielten, war General Kobez, ein militärischer Berater des russischen Präsidenten.⁵⁷ In anderen Berichten wurde behauptet, Jelzin arbeite bereits an einem Erlaß für ein russisches Verteidigungsministerium.⁵⁸ Wladimir Lopatin, (er zählte in den Jahren 1990 und 1991 zu den stärksten Befürwortern von radikalen Reformen - im Gegensatz zum sowjetischen Verteidigungsministerium, das Reformen dieses Ausmaßes nicht in Betracht zog) deutete an, Kobez setze sich deshalb besonders eifrig für diese Idee ein, da er ein Auge auf die Position des russischen Verteidigungsministers geworfen habe.⁵⁹

In einem ausführlichen Interview zum Thema Militärpolitik Ende Februar bestritt Jelzin, schnellstmöglich eine russische Armee aufbauen zu wollen.⁶⁰ Aber einige Wochen später, kurz vor dem GUS-Gipfeltreffen im März in Kiew, wurden diese Gerüchte bestätigt. Jelzin erließ eine Verordnung zur Einrichtung eines russischen Verteidigungsministeriums, das er selbst leiten werde.⁶¹ Es hieß, falls eine russische Armee etabliert werden sollte, würde sie ein Teil der gemeinsamen GUS-Streitkräfte sein. Die eindeutige Absage, die die Ukrainer einer solchen Formation bei dem Treffen in Kiew erteilten, kann die Entwicklungen nur beschleunigt haben. Ein Resultat des Treffens von Kiew war ein Abkommen über GUS-Militärbeobachter sowie über gemeinsame Friedenstruppen, das von allen GUS-Mitgliedern mit Ausnahme Turkmeniens unterzeichnet wurde.⁶² Diese Einheiten können auf Wunsch der Mitgliedstaaten auch an Friedensmissionen unter der Leitung der KSZE oder der UNO teilnehmen.

56 Alexander Ruzkoj - V zashchitu Rossii (Pravda vom 17.1.92); - "Prisygayut tol'ko raz" (Pravda vom 30.1.92); - Prichastie u "Makdonol'dsa" (Izvetiya vom 31.1.92).

57 K. Kobez - Prioritety voennoi politiki Rossii (Nezavisimaya gazeta vom 5.2.92).

58 Z.B. in Izvestiya vom 8.2.92, Krasnaya zvezda vom 14.2. und 6.3.92.

59 Wladimir Lopatin - Zashchitit krasnaya armiya belyi dom (Izvestiya vom 13.2.92).

60 Izvestiya vom 22.2.92

61 The Guardian und Frankfurter Rundschau vom 17.3.92.

62 ITAR-TASS vom 23.3.92.

Nach dem Gipfel von Kiew bediente sich Jelzin zunehmend einer russisch-patriotischen Ausdrucksweise. Anlässlich der Unterzeichnung eines neuen Vertrages zur russischen Föderation Anfang April sagte er: "Das vereinte Rußland hat existiert, existiert heute und wird existieren. Der Gang der Geschichte des Vaterlands wird nicht unterbrochen werden."⁶³ Ein paar Tage später sagte er vor einer Versammlung von Bürgern der russischen Föderation: "Wir bauen ein großes Rußland auf, wir sind viele, und wir haben die Kraft für diese Aufgabe."⁶⁴ In einer solchen Atmosphäre erschien der Erlaß weiterer Verordnungen zu einer russischen Militärorganisation natürlich und folgerichtig. Zwei erste Vize-Verteidigungsminister wurden ernannt, General-Oberst Pawel Gratschew und der Sicherheitsexperte Andrej Kokoschin.⁶⁵ Gratschew war vor dem Coup Kommandeur der Luftlandtruppen gewesen, später wurde er zum ersten stellvertretenden Kommandeur der GUS-Streitkräfte ernannt. Kokoschin hatte sowohl in der GUS als auch im Ausland einen guten Ruf als einer der führenden Strategie-Experten des "Neuen Denkens" in der Außen- und Sicherheitspolitik der späten 80er-Jahre. Er war bezeichnenderweise weniger als einige seiner zivilen Kollegen auf heftige Kritik seitens des Militärs gestoßen.⁶⁶ (Im Laufe des Sommers erschienen in der russischen Presse Berichte, die Gratschew eine zwielichtige Position während des Putsches unterstellten; er habe, so wurde behauptet, an vorbereitenden Treffen der Verschwörer teilgenommen und sich erst in einem sehr späten Stadium von der Verschwörung distanziert.)

Man muß Jelzins patriotischen Sprachgebrauch auch im Lichte der Auflösungserscheinungen sehen, von denen die russische Föderation inzwischen ernsthaft bedroht war. Diese wurden durch die Weigerung der autonomen Republiken Tschetschenien und Tatarstan, den neuen Föderationsvertrag zu unterzeichnen, verdeutlicht. Das im nördlichen Kaukasus gelegene Tschetschenien hatte im November 1991 unter der Führung des Ex-Luftwaffengenerals Dzakhar Dudaew seine Unabhängigkeit von Rußland erklärt und einen Versuch der russischen Führung, es mittels eines Ausnahmezustands zur Raison zu bringen, überlebt. (Das russische Parlament beschloß, der Ausnahmezustand dürfe nicht mit Gewalt durchgesetzt werden, und weigerte sich, ihn in Kraft zu setzen). Inguschetien, eine kleinere Region der Republik, beschloß im Juni 1992, sich wieder der russischen Föderation anzuschließen. Tatarstan wollte mit seinem Engagement für Souveränität eine stärkere Position gegenüber Rußland in der Verhandlung über die Rechte für die in der Republik geförderte Ölproduktion erreichen. In beiden Republiken wurden die politischen Entwicklungen vom Aufbau paramilitärischer Organisationen begleitet. Die Nationalgarde in Tschetschenien ging auf eine stark verankerte Tradition der Republik zurück. Dieser zufolge ist es die Pflicht jedes erwachsenen Mannes (und einer großen Anzahl Frauen), Waffen zu tragen. In

63 Zitiert und befürwortet in *Sovetskaya Rossiya* vom 2.4.92.

64 *Izvestiya* vom 6.4.92

65 *Izvestiya* vom 4.4.92.

66 Zu den jüngsten Veröffentlichungen von Kokoschin gehören: *V poiskakh vykhoda: voenno-politicheskie aspekty mezhdunarodnoi bezopasnosti* (Izdatel'stvo politicheskoi literatury, Moskau 1989), und (zusammen mit Walentin Larionow) *Prevention of War: Doctrines, Concepts, Prospects* (Progress Publishers, Moskau 1991). Mehr Einzelheiten zu seinem Werdegang und seinen Schriften, s. Timothy L. Thomas - Soviet Military Theorist A.A. Kokoshin (*The Journal of Soviet Military Studies* Vol. 5, Nr. 1, März 1992).

Tatarstan warteten währenddessen, wenn man dem nationalistischen tartarischen Öffentlichkeitszentrum Glauben schenken darf, 10.000 bewaffnete Freiheitskämpfer auf ihre Einberufung.⁶⁷ In anderen Teilen Rußlands veranlaßten wirtschaftliche und politische Überlegungen lokale Führungsschichten, verschiedene Formen regionaler Autonomie anzustreben - z.B. indem sie Exportbeschränkungen für bestimmte Regionen einführten oder indem sie den Territorial-Status ihrer Region innerhalb der russischen Föderation zu verbessern suchten. Verschiedene Motive spielten hier eine Rolle: Versuche, bestimmte Gebiete von den Auswirkungen der umfassenden wirtschaftlichen Krise abzuschirmen, obwohl solche Maßnahmen die Situation meistens noch verschlimmerten; der Wunsch, ein Gleichgewicht in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Regionen mit reichen Ressourcen und Moskau zu schaffen; und pures politisches Eigeninteresse der jeweiligen lokalen Führungseliten.⁶⁸ Obwohl diese Entwicklungen nicht in direktem Zusammenhang mit dem Militär standen, mußte sich die zunehmende wirtschaftliche Auflösung auch auf die Armee auswirken. Auf jeden Fall trug sie zu dem verschärften Tonfall in Jelzins Reden bei.

In einem neuen Erlaß wurde die Absicht verkündet, eine insgesamt 1,5 Millionen Mann starke russische Armee und Marine aufzubauen. Der russische Anspruch auf die Schwarzmeerflotte wurde erneut bekräftigt. Eine Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen militärpolitischen Offiziers und Historikers Dmitrij Wolkogonow wurde eingesetzt, um diesen Prozeß zu überwachen. Am 7. Mai wurde mit dem Erlaß, der die Streitkräfte der russischen Föderation ins Leben rief, der endgültige Schritt getan.⁶⁹ Erneut berief man sich auf die Vergangenheit, auf die "beste Kampfkraft und die heroischen Traditionen der russischen Armee". Der Zeitpunkt des Erlasses war auch geschickt gewählt, nämlich kurz vor der traditionellen Feier des Sieges von 1945 am 9. Mai, so daß man sich überzeugend auf die Kontinuität zwischen sowjetischer und russischer Geschichte beziehen konnte.

Der Erlaß rief die Mitgliedsstaaten zum Abschluß eines Vertrages über gemeinsame Sicherheit auf. Die Streitkräfte der russischen Föderation sollten sich aus Truppen zusammensetzen, die auf ihrem eigenen Territorium stationiert waren, sowie aus anderswo stationierten Truppenteilen und Flotten (einschließlich der noch in Deutschland, Polen und dem Baltikum verbliebenen Streitkräfte, zuzüglich nicht genau definierter Einheiten in anderen Teilen der GUS), die unter ihre Rechtsprechung fielen. Es wurde festgelegt, die strategischen (nuklearen) Streitkräfte unter der Kontrolle des Obersten Kommandos der gemeinsamen Streitkräfte der GUS, d.h. unter der Kontrolle der GUS-Staatsoberhäupter und Schaposchnikow zu belassen. (Letzterer blieb der Kommandeur der GUS und hatte in der neuen russischen Föderationsstruktur keinen offiziellen Posten.) Über den Status anderer Streitkräfte auf dem Territorium anderer GUS-Staaten (z.B. die Schwarzmeerflotte und andere) sollte im Rahmen "internationaler Verträge" entschieden werden, eine Formulie-

67 Der Spiegel 15, 6. April 1992, und 20, 11. Mai 1992.

68 Siehe: Regionalizatsiya Rossiiskoi Federatsii (Vostochnyi tsentr sovremennoi dokumentatsii, Moskva april' 1992); G. Yavlinski et al - Ekonomika i politika v Rossii: Diagnostika (vesna 1992g) (Tsentr ekonomicheskikh i politicheskikh issledovaniy, Moskva mai 1992); Tat'yana Yarygina & Grigorii Marchenko - Regional'nye protsessy v byvshem SSSR i novoi Rossii (Svobodnaya mysl' 14, 1992); Klaus Segbers - Rußlands ungewisse Zukunft (Europa Archiv 19, 10. Okt. 1992).

69 Krasnaya zvezda vom 9.5.92.

rung, mit der man letztendlich zugab, daß diese offenen Fragen sehr schwierig zu lösen sein würden. In getrennten Verordnungen ernannte sich Jelzin selbst zum Oberkommandeur, während Gratschow zum General befördert wurde. Man übertrug ihm sogleich die Aufgaben, die weitere Organisation des Ministeriums zu übernehmen, Pläne für die Strukturierung und die Finanzierung der russischen Streitkräfte zu erarbeiten und Verhandlungen mit den Institutionen der GUS und ihrer Mitgliedstaaten über die Trennung ihrer jeweiligen Funktionen einzuleiten.

Einige Tage nach dem Abschluß des gemeinsamen GUS-Sicherheitsvertrags setzte Jelzin Gratschow offiziell als russischen Verteidigungsminister ein. Dies mag die Militärführung beruhigt haben, da sich das Ministerium somit fest in den Händen eines Generals befand. Es störte aber auf der anderen Seite das zivil-militärische Gleichgewicht, das vorher noch - bei der Ernennung von Gratschow und Kokoschin als gemeinsame Bevollmächtigte - zu Jelzins Strategie gehört hatte.⁷⁰ Der Verzicht Jelzins auf das Verteidigungsministerium sollte der Kritik, er konzentriere zu viel Macht in seinen Händen, die Spitze nehmen. Verteidigungsminister der GUS-Staaten, offensichtlich auch Nicht-Unterzeichnerstaaten des Sicherheitsvertrages, trafen zusammen und präzisierten die Definition der strategischen Streitkräfte; sie bezog demnach anti-ballistische Raketenabwehrgeschosse und Frühwarnsysteme mit ein und schloß die Schwarzmeerflotte aus, über deren Zukunft auf bilateraler russisch-ukrainischer Basis entschieden werden sollte.⁷¹ In der Folgezeit stabilisierten sich die russisch-ukrainischen Beziehungen etwas. Bei einem Treffen in Dagomys Ende Juni unterstützte Krawtschuk das Strategieabkommen, das im Mai 1992 zwischen Bush und Jelzin abgeschlossen worden war. Obgleich die Krim-Frage nicht ausdrücklich angesprochen wurde, bekräftigte man das 1990 abgeschlossene RSFSR-Ukraine-Abkommen, in dem auf Territorialansprüche verzichtet wird. Beide Seiten verpflichteten sich, auf einen umfassenden neuen bilateralen Vertrag hinzuarbeiten.⁷² Im August war das Problem der Schwarzmeerflotte insoweit "bereinigt", als Jelzin und Krawtschuk sich auf eine dreijährige Übergangszeit einigten, während der Rußland und die Ukraine gemeinsam die Kontrolle durch die jeweiligen Präsidenten ausüben würden.

In den Staaten, die das ursprüngliche slawische Kernstück der GUS gebildet hatten, lief, wie man sich theoretisch vorstellen konnte, der Prozeß der Renationalisierung der Sicherheitspolitik auf eine Umwandlung in eine neue Art der Militarisierung hinaus. Die geplanten Größenordnungen der unabhängigen Streitkräfte in der Ukraine und in Belarus waren (jeweils 220.000 und 90.000) niedriger als die der in der sowjetischen Periode dort stationierten Streitkräfte. Für Rußland wurden unterschiedliche Zahlen genannt, aber offiziellen Schätzungen zufolge sollte die Truppenstärke bis 1999 auf 1,5 Mio. reduziert

70 Ankündigung in *Krasnaya zvezda* vom 20.5.92.

71 *Krasnaya zvezda* vom 26.5.92.

72 *Izvestiya* vom 24.6.92; *Krasnaya zvezda* vom 25.6.92; *Krasnaya zvezda* vom 8.8.92; Mykola Ryabchuk - *The Art of Compromise* (East European Reporter Vol.5 No.5, Sept.-Oct. 1992).

werden.⁷³ In allen Fällen war natürlich fraglich, inwieweit die neuen Staaten wirtschaftlich in der Lage sein würden, Armeen jedweder Größe zu unterhalten.⁷⁴

Die formelle Etablierung russischer Streitkräfte wurde von weiteren Entwicklungen auf höherer Ebene der russischen Regierung begleitet. Die Frage kam auf, welche Einflüsse das Militär auf die Jelzin-Regierung haben würde und wie es um die Möglichkeiten eines autoritäreren Regimes stünde. Im März schuf Jelzin einen russischen Sicherheitsrat mit ziemlich vage definierten Zuständigkeiten im Bereich "lebenswichtiger Interessen" der russischen Föderation. Im Juni und Juli erhielt der neue Rat infolge weiterer Verordnungen das Recht, programmatische Dokumente für die Exekutive herauszugeben. Es wurde verordnet, daß seine Beschlüsse unverzüglich von allen Ministerien und Behörden der Föderation umgesetzt werden müßten.⁷⁵ Die liberale Moskauer Presse interpretierte diesen Schritt Jelzins als einen Versuch, für die Schwäche der russischen Regierung und die Feindseligkeit des Parlamentes einen Ausgleich zu schaffen, sowie als eine Konzession an die Armee und den militärisch-industriellen Komplex. Man berichtete, der Sicherheitsrat habe untergeordnete Kommissionen gegründet, um eine neue russische Militärdoktrin und -politik zu planen. Die Liberalen wiesen auf die Anwesenheit von Vize-Präsident Ruzkoj und seines Sekretärs, Jurij Skokow, eines ehemaligen Verwaltungsbeamten der Verteidigungsindustrie, im Sicherheitsrat hin. Die anderen beiden permanenten Mitglieder des Sicherheitsrates waren der damalige Premierminister Yegor Gajdar und Sergej Filatow, der erste Vize-Präsident des russischen Parlaments.⁷⁶ Die Verteidigungs-, Innen- und Sicherheitsminister waren anscheinend als nicht-stimmberechtigte Mitglieder anwesend, der Außenminister jedoch wohl nicht.

Man kann sicherlich davon ausgehen, daß der militärisch-industrielle Komplex in der Lage war, als effektive Lobby in der post-sowjetischen Politik zu fungieren. Sein Ziel war sicherzustellen, daß wirtschaftliche und eventuell auch militärpolitische Reformen seinen Interessen keinen allzu großen Schaden zufügten. Die "Union der Industriellen und Unternehmer", die ihre Wurzeln in einer früheren, im Jahr 1990 gegründeten Organisation hatte, unterstützte im Juni 1992 unter Leitung eines ehemaligen Mitglieds des Zentralkomitees Arkadij Wolskij den Aufbau einer politischen Koalition mit dem Namen Bürgerunion (*Grazhdanskij soyuz*). Diese Gruppierung umfaßte mehrere kleine Parteien und Parlamentsfraktionen (einschließlich der "Volkspartei freies Rußland" des Vizepräsidenten Ruzkoj) und verstand sich selbst als "loyale Opposition" zu Jelzin. Sie war nicht gegen eine Reform zur Marktwirtschaft, wollte aber deren Tempo verringern und ihre zersetzenden Konse-

73 Krasnaya zvezda 23.6.92.

74 Zum Fall Belarus, s. Larisa Sayenko - The most militarized 'neutral' country (Moscow News 37, Sept. 13-20, 1992).

75 Erlaß vom 7. Juli in Moscow News 29, 19.-26. Juli 1992.

76 Moscow News 29, 19.-26. Juli 1992, auch Izvestiya 10.7.92, Kommersant 28, 6 - 13.7.92, und Maria Shakina - Yurii Skokov tenolynbivyi (Novoe vremya 32, August 1992).

quenzen in Grenzen halten.⁷⁷ Einige Mitglieder dieser Gruppierungen wurden im Sommer 1992 zu Regierungsmitgliedern ernannt. Allerdings sind sie wahrscheinlich eher als reformistische, ex-kommunistische Technokraten denn als eigentliche Militär-Lobbyisten einzuordnen.⁷⁸

Der Eindruck, daß erneut Druck seitens der Militärs ausgeübt wurde, verstärkte sich, als im Sommer einige wesentlichen Positionen des neuen russischen Verteidigungsapparates durch bekannte Konservative besetzt wurden. Dazu gehörten Generaloberst Viktor Dubynin, der sich als besonders strenger Kommandeur der sowjetischen Streitkräfte in Polen einen Namen gemacht hatte, und im Juni zum Chef des russischen Generalstabs ernannt wurde; Generaloberst V. Mironow, ehemaliger Kommandeur im Baltikum; und Generaloberst Boris Gromow, der stellvertretender Verteidigungsminister wurde. Gromow war während Gorbatschows "Rechtsrutsch" Ende 1990 im sowjetischen Innenministerium, und hatte dann anscheinend mit den Verschwörern des Putsches sympathisiert, ohne sich ausdrücklich mit ihrem Unterfangen zu solidarisieren.⁷⁹ Interessanterweise erfolgten diese russischen Ernennungen kurz nachdem die ukrainische Regierung das ethnische Gleichgewicht in ihrer Führungsspitze durch die Ernennung einiger Ukrainer für Top-Positionen korrigiert hatte. Es war bestimmt kein Zufall, daß einige der Positionen an Offiziere wie Dubynin und Gromow vergeben wurden, die Afghantsy waren, d.h. während des Afghanistan-Krieges Karriere gemacht hatten. Folglich tendierten sie zu einer konservativen Haltung und glaubten, daß die Armee es sich nicht leisten könne, zivilen Politikern zu vertrauen.

Nicht nur die liberale Moskauer Presse begann, vor einem wachsenden Einfluß des Militärs auf Jelzin zu warnen. Außenminister Andrej Kosyrew machte bei einem Interview mit Izvestiya Ende Juni darauf aufmerksam, daß eine "Kriegspartei, eine Partei des Neobolschewismus", Kontrolle über Informationskanäle, die zu Jelzin führten, errungen habe.⁸⁰ Nach Meinung Kosyrews versuchten Kräfte des ehemaligen KGB und ehemaliger Militärinstitutionen, den Präsidenten zur Anwendung von Gewalt zu bewegen, um die Interessen russischer Minderheiten in Nachfolgestaaten wie Moldawien zu schützen. Dies würde letztendlich deren Lage jedoch nur verschlimmern und sie zu Opfern der "nationalpatriotischen" Politik einer als imperialistisch verstandenen russischen Großmacht machen. Der Außenminister verglich die Situation in Rußland mit der in Deutschland 1933 und kritisierte die demokratische intellektuelle Schicht, sie werde zunehmend nationalistisch. Er schloß das Interview mit dem Hinweis auf die Gefahr eines neuen Putsches ab und brachte

77 Elizabeth Teague und Vera Tolz - The Civic Union: The Birth of a New Opposition in Russia? (RFE/RL Report Vol.1 No.30, 24. Juli 1992); Peter Frank - Power struggle in post-Soviet Russia (The World Today, August/September 1992); Interview mit Volskii in Izvestiya vom 3.8.92.

78 So die Analyse von Alexander Rahr in RFE/RL Research Report Vol.1 No.38, 25. Sept. 92.)

79 Siehe Krasnaya zvezda vom 11.6.92 und 30.6.92; Nezavisimaya gazeta vom 11.6.92; auch Christian Schmidt-Häuser - Jelzin mit dem Rücken zur Wand (Die Zeit vom 3.7.92); Stephen Foye - Post Soviet Russia: Politics and the New Russian Army (Radio Free Europe/Radio Liberty Report Vol.1 No.33, 21. Aug. 1992); Karl Grobe - Die "zwölfte Republik" umzingelt Rußlands zivile Gewalt (Frankfurter Rundschau vom 1.9.92).

80 Andrej Kozyrew - Partiya voyny nastupaet - i v Moldove, i v Gruzii, i v Rossii (Izvestiya vom 30.6.92).

in Erinnerung, wie Gorbatschow versucht hatte, sich mit Janajew, Krjutschkow und Jasow zu einigen, und dann doch von ihnen hintergangen worden war.

Wegen dieser Warnungen wurde Kosyrew von Jelzin öffentlich getadelt. Es hieß, man habe versucht, ihn während einer Versammlung des Sicherheitsrats des Amtes des Außenministers zu entheben.⁸¹ Kosyrew blieb, aber der Eindruck, daß militärische Interessen den Handlungsspielraum Jelzins durchaus einzuengen vermochten, verstärkte sich Anfang September. Jelzin hatte eine geplante Reise nach Japan kurzfristig abgesagt, nachdem eine, wie es hieß, stürmische Sitzung des Sicherheitsrates stattgefunden hatte, auf der es hauptsächlich um die russische Politik auf den kurilischen Inseln gegangen war.⁸² Der russische Generalstab hatte vorher ein Dokument formuliert und verteilt, in dem die strategische Bedeutung der Kurilen betont und jeglicher Kompromiß mit Japan abgelehnt wurde.⁸³

Der Aufbau russischer Sicherheitsinstitutionen und einer russischen Armee waren die logische Folge des Widerstands einiger neuer GUS-Staaten, vor allem der Ukraine, jeglicher Sicherheitspolitik zuzustimmen, die im entferntesten nach einer Verlängerung der sowjetischen Sicherheitspolitik unter offener oder versteckter russischer Vorherrschaft aussah. Gleichzeitig konnte die russische Führung damit dem militärischen Establishment einen Orientierungspunkt für seine Loyalität anbieten, denn dieses war - egal welche Haltung die verschiedenen Teile des Militärs gegenüber dem Putschversuch im August 1991 eingenommen hatten - durch den Zusammenbruch der UdSSR desorientiert und bestürzt. Mitte 1992 schienen sich Teile des militärischen Establishments von den Auswirkungen des Putsches erholt zu haben, und sie formierten sich zu einer wirksamen Lobby mit Einfluß auf die russische Regierung. Diese neue Armee war ein Ableger des sowjetischen Systems, der auf dem nationalistischer werdenden politischen Boden leicht Wurzeln schlagen konnte. Fraglich war jetzt, wie sie in der unsicheren Welt der GUS handeln würde.

2.2 Russische Minderheiten und die Interventionskontroverse

Man könnte einwenden, der Bruch zwischen der sowjetischen und der GUS-Phase sei von geringerer Bedeutung als es auf den ersten Blick den Anschein hatte. Die alten sowjetischen Strukturen waren immer vorherrschend russisch oder zumindest slawisch geprägt gewesen. Der Aufbau einer russischen Armee und eines russischen Verteidigungsministeriums machten deshalb nur sichtbar, was ohnehin schon lange eine nicht eingestandene Realität des sowjetischen Systems darstellte. Es spricht einiges für dieses Argument, aber man sollte es nicht zu sehr weiterverfolgen. Sicherlich hatte man im alten System immer versucht, sich auf eine Art von Kontinuität zwischen der russischen und sowjetischen Geschichte zu berufen. So bediente man sich bei der Etablierung der neuen russischen Institutionen der gleichen Mechanismen. Marschall Schaposchnikow sagte am Tag, als die Verordnung zur

81 Nezavisimaya gazeta vom 10.7.92.

82 Siehe Kozyrews Kommentare in Moscow News 38, Sept. 20-27, 1992, auch die Berichte in Izvestiya vom 11.9.92.

83 Nezavisimaya gazeta vom 30.7.92.

russischen Armee veröffentlicht wurde, zu einem Interviewer der *Izvestiya*: "Der Tag des Sieges ist einer der denkwürdigsten Tage in der Geschichte unseres Landes und unserer Armee, eine Geschichte, die natürlich nicht heute angefangen hat, nicht vor 47 Jahren und auch nicht im September 1812, nicht auf dem Feld von Kulikowo, sondern zur Zeit der Schlacht auf dem Eis und sogar früher"⁸⁴ Auch wenn keiner der Leser mehr persönliche Erinnerungen an Triumphe über die Deutschordensritter und Tataren im 13. und 14. Jahrhundert oder an Kutuzows Feldzug gegen Napoleon haben konnte, enthielt Schaposchnikows Erklärung doch Anknüpfungspunkte, um Armeeeoffiziere und der restlichen Bevölkerung das Ende der sowjetischen Streitkräfte nahezubringen und zugleich neue Traditionslinien zu betonen. Vielleicht bedeutete es einigen nicht viel, aber es gab andere, die eine echte Bindung an die Union hatten. Man sollte nicht unterschätzen, wie sehr der Sieg von 1945 den sowjetischen Staat in den Augen der älteren Generationen legitimiert hatte, und in welchem Ausmaß diese Erfahrung durch *Perestroika* und den Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa in Frage gestellt oder sogar wertlos wurde. Trotz aller Beteuerungen von Kontinuität bedeutete die Entzweiung zwischen Rußland und der Ukraine (und natürlich Belarus) einen radikalen Bruch sowohl mit der Geschichte des russischen Reichs als auch mit der sowjetischen Zeitperiode und warf noch grundlegendere Fragen zur russischen Identität auf als der Bruch im Jahr 1917 (falls man hier von einem solchen sprechen kann).

Innerhalb der neuen Gemeinschaft und auch in anderen Staaten (z.B. in den baltischen Staaten und Georgien) gab es eine große Anzahl ex-sowjetischer Truppen (ca. 500.000 Angehörige), die jetzt entweder neu geschaffenen Armeen einverleibt oder auf russisches Territorium zurückgezogen werden mußten. Letzterem stand ein großer Mangel an Unterkünften entgegen. In einigen Teilen der Ex-UdSSR waren bereits gewalttätige Konflikte im Gange. Viele Bürger des Völkergemisches der ehemaligen UdSSR waren nicht in einer Republik ihrer offiziellen Nationalität beheimatet. Die größte dieser Gruppen waren ca. 25 Millionen Russen, die außerhalb des Gebietes der russischen Föderation lebten. Bereits 1989 waren Völkerwanderungen von Russen aus nicht-russischen Republiken (besonders aus Zentralasien) nach Rußland zu beobachten; die Motive hierfür waren Angst vor Gewalt und vor neuen Gesetzgebungen, die den Sprachgebrauch in den Republiken regeln sollten und - so wurde befürchtet - einsprachige Russen benachteiligen würden. Die russische Föderation selbst beheimatet zahlreiche nicht-russische ethnische Gruppen. Diese ethnischen "Fakten" wurden sowohl von westlichen Kommentatoren als auch von GUS-Journalisten als potentielle Probleme für die GUS gesehen. Allein diese Tatsache bewies, wie weit die Annahme verbreitet war, Fragen der Ethnizität seien für die Zukunft der Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung.⁸⁵ In Statistiken konnte die Komplexität einer Bevölkerung, die durch ethnische Mischehen geprägt war (natürlich in verschiedenen Regionen zu einem unterschiedlichen Grad), nicht erfaßt werden. Es war schwer festzustellen, welcher Anteil der Bevölkerung sich eher für echte sowjetische Bürger hielt und weniger als Angehöriger der im Paß aufgeführten ethnischen Kategorie. Zumindest war offensichtlich, daß der Status und der legale Schutz von Minderheiten sowie auch Fragen

84 Wiktor Litovkin - *Istoriya rossiiskoi armii nachalas' ne segodnya* (*Izvestiya* vom 7.5.92).

85 Eine Zusammenfassung, siehe Uwe Halbach - *Ethno-territoriale Konflikte in der GUS* (Bericht des BIOst 31, Juli 1992).

der Grenzveränderungen leicht zu Streitpunkten in den Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten werden konnten.

Aus anderer Perspektive könnte man die Frage stellen, ob ein post-sowjetischer russischer Staat psychologisch in der Lage wäre, die anderen Nachbarstaaten als gleichberechtigt zu behandeln. Oder ist er aufgrund seiner Vergangenheit von vornherein vorbelastet, was man als Erbe des russischen Reichs, der UdSSR oder von beiden sehen mag. Hier lassen sich verschiedene gedankliche Ansätze unterscheiden. In den Ansprachen und Artikeln von Vize-Präsident Ruzkoj war der neo-imperiale Unterton unüberhörbar. Er versuchte mit allen Mitteln, die schwelende Unzufriedenheit über das Ende der Union mit einem Appell an eine Art russischer "Wiedergeburt" zu besänftigen. Ruzkoj ist ein starker Befürworter der Rückgabe der Krim an Rußland. Er vertrat wohl auch die Meinung, daß militärische Interventionen außerhalb Rußlands nicht auszuschließen seien. Im Januar 1992 erläuterte er in einem Artikel über die russische Militärtradition und die Gefahr einer Auflösung der russischen Föderation, "das russische geschichtliche Gewissen lasse es nicht zu, daß irgend jemand die Grenzen Rußlands automatisch denen der russischen Föderation gleichsetzte. Dadurch verzichte man auf ruhmreiche Seiten der russischen Geschichte."⁸⁶ Schaposchnikows Kommentare waren dagegen offener und zeigten, daß zumindest für ihn die Frage nach der Art einer post-sowjetischen russischen Militäridentität noch ungelöst war. Wenn man die Rede liest, die er im April kurz nach der Gründung des russischen Verteidigungsministeriums vor dem russischen Kongreß der Volksdeputierten hielt, wird dies deutlich.⁸⁷ Schaposchnikow äußerte eingangs Stolz darüber, daß sich die Armee seit August 1991 nicht in ethnische oder politische Konflikte hatte hineinziehen lassen, obwohl es immer wieder im Kaukasus, der Dnestr-Region und in Tschetschenien entsprechende Versuche gegeben hatte. Weiterhin sagte er, er sei bis zum letzten Moment ein Befürworter gemeinsamer GUS-Streitkräfte gewesen. Die Entscheidungen der Präsidenten und der Parlamente der Ukraine, Moldawiens, Aserbaidschans, Usbekistans und Belarus' hätten jedoch eine Aufrechterhaltung dieser Position unmöglich gemacht. Er schloß philosophisch mit dem russischen Sprichwort "es ist sinnlos, aus einem Omelette Eier machen zu wollen". Dann griff Schaposchnikow exakt das früher von Schuschekewitsch und anderen benutzte Argument über die militärischen Attribute eines Staates mit Selbstachtung auf: "Letztendlich werden Sie mir beipflichten, daß eine Armee ohne einen Staat keine Armee ist. Das Umgekehrte stimmt auch: ein Staat ohne eine Armee ist in der modernen Welt kein Staat. Was für eine Armee Rußland braucht, ist eine andere Frage."

Schaposchnikow hatte anscheinend keine klare Antwort auf diese Frage - und war als GUS-Kommandeur natürlich auch nicht offiziell dafür verantwortlich. Er kritisierte das russische Außenministerium, es mache zu viele Zugeständnisse in Bereichen, die die Verteidigungspolitik angingen. Er führte aus, es gäbe keinen Grund dafür, daß Rußland nicht eine "reiche" und eine "starke Macht im internationalen System" bleiben solle. Auf die Kritik, die Entpolitisierung der Armee habe ein ideologisches Vakuum hinterlassen, erwiderte er: "Unsere Ideologie ist der Patriotismus, die Interessen eines multinationalen Rußland, der

86 Alexander Ruzkoj - V zashchitu Rossii (Pravda 30.1.1992).

87 Marschal EI Schaposchnikow - Armija bez gosudarstva - ne armija. Gosudarstvo bez armii - ne gosudarstvo (Krasnaya zvezda 9.4.92).

Dienst an den Menschen und am Vaterland", und verurteilte dann den "Virus des Nationalismus und des Großmachtchauvinismus." Die Ansichten Schaposchnikows gaben kaum Hinweise auf den wahrscheinlichen Kurs zukünftiger russischer Militärpolitik. Sie ließen aber nicht auf eine Großmachtmentalität schließen, wenn letztere als Bereitschaft verstanden wird, im Ausland militärisch zu intervenieren, wann immer sich die Gelegenheit dazu bietet. Ein späteres Interview des Marschalls mit der *Izvestiya* wurde unterbrochen, als einer seiner Assistenten den Telefonanruf eines nicht genannten GUS-Präsidenten meldete. Dieser forderte den Truppeneinsatz in einem nicht näher benannten Konflikt. Schaposchnikow teilte dem Interviewer mit, der Präsident dränge ihn hierzu schon seit drei Tagen, er wolle dem aber nicht nachgeben, weil das Resultat wahrscheinlich ein umfassender Bürgerkrieg wäre.

Schaposchnikows Vorsicht und sein gesunder Menschenverstand waren beruhigend, aber sie wurden der Komplexität der Situation nicht wirklich gerecht und bald von der neuen russischen Militärführung in Frage gestellt. Im Falle des Krieges zwischen Armenien und Aserbaidschan hatte Schaposchnikow das 366. Infanterie-Regiment aus dem heißesten Kampfgebiet in Berg-Karabach abgezogen, eine Geste, die wahrscheinlich bei den Teilen der russischen Öffentlichkeit, die Militärinterventionen auf ein Minimum reduziert sehen wollten, sehr populär war. Aber dieser Rückzug war nicht ganz einfach. Die russische Presse berichtete, einer der Hauptgründe für den Abzug der Truppen sei entgegen offizieller Dementis die Tatsache gewesen, daß im armenisch-aserbaidschanischen Konflikt Soldaten nach beiden Seiten desertiert waren.⁸⁸

Abgesehen von diesem andauernden GUS-internen Krieg gab es noch das grundlegende Problem, daß viele der neuen Staaten Potential für eine weitere Aufsplitterung und für gewaltsame Konflikte zwischen den dort lebenden ethnischen Gruppen hatten. Wie bereits beschrieben, war auch die russische Föderation im nördlichen Kaukasus-Gebiet, in Tatarstan und anderen Regionen von solchen zentrifugalen Tendenzen betroffen. Wäre die Situation in einer dieser separatistischen Regionen von der russischen Führung für bedrohlich genug eingeschätzt worden, um eine breitangelegte militärische Intervention zu rechtfertigen, hätte die russische Öffentlichkeit eine solche Intervention möglicherweise eher gutgeheißen als eine Intervention außerhalb der Grenzen der Föderation. Dennoch zeigten die Ergebnisse einiger Referenden zur Souveränität, die 1990 und 1991 in Republiken bzw. Staaten mit beachtlichen russischen Minderheiten durchgeführt wurden, daß sehr viele, vielleicht sogar die Mehrheit der russischen Bevölkerungsgruppen z.B. in den baltischen Staaten und der Ukraine für die Unabhängigkeit des jeweiligen Staates von Rußland gestimmt haben mußten. Solange sich die Beziehungen zwischen Rußland und den übrigen Staaten im Lot hielten, gab es deshalb keinen vorhersehbaren Grund, warum die Situation dieser Minderheiten problematisch werden sollte. Bei einer Entstehung oder Verschärfung zwischenstaatlicher Probleme aber bestand die Gefahr, daß ein legitimes Interesse an ihrem Status von russischer Seite aus demagogisch instrumentalisiert würde, und man sie auf der anderen Seite zu Recht oder Unrecht als Werkzeuge eines potentiellen Hegemoniebestrebens der Russen betrachtete.

88 *Izvestiya* 4.3.92.

Ein im Februar 1992 in Estland verabschiedetes Gesetz zur Staatsangehörigkeit schloß einen Großteil der russisch-sprechenden Bevölkerung des Landes von den politischen Bürgerrechten aus. Sie durften sich nicht an den Präsidentschaftswahlen im September beteiligen.⁸⁹ Dieser kurzsichtige Akt einer Diskriminierung verärgerte die russische Regierung. Sie verband daraufhin die Frage der estnischen (und lettischen) Staatsangehörigkeit mit dem ohnehin belasteten Thema des Truppenrückzugs aus dem Baltikum. Die Regierungen der baltischen Staaten behaupteten, die russischen Militärbehörden hätten sich hinsichtlich dieser Frage durchweg unkooperativ gezeigt, da sie in dieser Region so lange wie möglich präsent bleiben wollten. Die Russen vertraten die Position, der frühestmögliche Termin für einen vollständigen Rückzug sei Ende 1994, womit die baltischen Regierungen nicht einverstanden waren. Bewaffnete Zusammenstöße zwischen russischen und estländischen Einheiten, und Streitigkeiten darüber, wer sie provoziert hatte, verschlimmerten die Situation. Im September unterzeichnete Rußland schließlich ein Abkommen mit Litauen. Darin wurde festgelegt, daß der Abzug der Truppen Ende August 1993 abgeschlossen sein würde. Gleichzeitig wurde aber ganz klar darauf hingewiesen, daß ein Rückzug von Lettland (wo noch keine Gesetze zur Staatsangehörigkeit verabschiedet worden waren) und Estland im Zusammenhang mit der Frage nach dem Status der russischen Bevölkerung in diesen Staaten verhandelt werden würde. Ende November wurde das Abkommen mit Litauen von russischer Seite aus wieder aufgekündigt. Spontan gegründete Organisationen von Offizieren, die im Baltikum stationiert waren, weigerten sich ganz einfach zu gehen, bevor sie nicht Zusicherungen über angemessene Unterbringungsmöglichkeiten und anderweitige Zukunftsperspektiven bekämen. Daraufhin hoben zuerst das Verteidigungsministerium und dann der russische Präsident den Rückzugsbefehl vorübergehend auf. Aufgrund widersprüchlicher Berichte blieb dabei unklar, ob dies geschah, um den Beschwerden über Unterkünfte entgegenzuwirken, um Druck auf die baltischen Regierungen wegen der russischen Minderheiten auszuüben, oder ob beides zutraf.⁹⁰

Eine viel aktivere interventionistische Position als Schaposchnikow vertrat Verteidigungsminister Gratschew. Kurz nach seiner Ernennung versprach er, die Interessen der russischen Bevölkerung zu verteidigen. Er bezog sich zwar direkt auf die tschetschenische Republik, seine Formulierungen ließen aber eine weitergehende Anwendung auch auf andere Regionen zu: "Ich habe bereits mehrmals gesagt, daß meine Position eindeutig ist. Werden Ehre und Würde der russischen Bevölkerung nicht nur in Tschetschenien, sondern in irgendeiner Region, angetastet, werde ich einschneidende Maßnahmen ergreifen - und das schließt den Einsatz von Truppen ein -, um Diskriminierung, Angriffe und andere Feindseligkeiten gegen die russische Bevölkerung zu verhindern."⁹¹ Im Mai versuchte auch die Militärführung, im Entwurf einer russischen Militärdoktrin das grundsätzliche Recht auf Interven-

89 Vassili Timofeevs - Army in search of war, and Tarmu Tammerk - Estonia in the Vanguard (East European Reporter Vol. 5 No. 4, July-August 1992); Riina Kionka - Armed Incidents Aggravate Russian-Estonian Relations (RFE/RL Research Report Vol. 1 No. 34, 28. Aug. 1992).

90 Pravda 20.10.92, Izvestiya 20.10.92, Krasnaya zvezda 21.10.92, Izvestiya 30.10.92.

91 Izvestiya 5.6.92.

tionen zu etablieren, um die Interessen der russischen Minderheiten in der Ex-UdSSR zu schützen.⁹²

Besonders beunruhigend an diesen kompromißlosen Erklärungen war, daß sie wenig Aussicht auf eine Lösung der zweifellos existierenden Probleme der Minderheitenrechte innerhalb der GUS boten. Auch offenbarten sie eine tiefgreifende Unsicherheit der neuen russischen Elite. Im Fall der GUS ging es darum, wie ohne klare Machtinstanz mit gewaltsamen Konflikten auf dem Gebiet der Ex-UdSSR umgegangen werden könnte. Wer sollte den Kriterien Gratschews zufolge entscheiden, ob die Würde der russischen Bevölkerung ange-tastet wurde? Zweifellos würde die russische Armee in vielen der bereits bestehenden oder der potentiellen Konflikte kaum als ehrlicher Vermittler akzeptiert werden. Darüberhinaus ignorierten Gratschew und Ruzkoj die Möglichkeit, daß Rußland zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht mehr in der Lage war, als wirksame Machtinstanz zu handeln, weder als friedlicher Mittler noch um kurzfristige Lösungen mit Gewalt durchzusetzen.

Gratschew scheint seine Aufgabe als Verteidigungsminister tatsächlich darin gesehen zu haben, ein Gefühl des Nationalstolzes wiederherzustellen, in einer Art psychologischer Kompensation, die durch die Organisation der neuen russischen Armee erreicht werden sollte. In einem Interview mit *Izvestiya* Anfang Juni sagte er: "Das militärische Ansehen eines Landes ist nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher und moralischer Natur. Eine starke Armee stärkt die Selbstachtung eines Volkes."⁹³ Diese Haltung ist bestimmt nicht nur bei der russischen Militärführung anzutreffen. Eine ähnliche Sicht wird wohl auch von anderen militärischen Eliten in schweren Krisenzeiten vertreten.

In einem anderen Appell an die Offiziere der russischen Armee sprach Gratschew über Rußlands "jahrhundertealte heroische Traditionen" und rief sie auf, die neuen russischen Streitkräfte als "eine Familie, eine Bruderschaft von Offizieren, Kameraden unter Waffen aufzubauen. Wir sind vereint durch die Liebe zu unserem Vaterland und unseren Glauben an seine große Zukunft. Das Schicksal der russischen Armee liegt in unseren Händen. Wir sind verpflichtet, uns dieser historischen Chance wert zu erweisen."⁹⁴

92 Voennaya mysl', special edition.

93 Pawel Gratschew - Rossiiskuyu armiyu, po suti, nado sozdavat' s nulya (Izvestiya 1.6.92)

94 Pawel Gratschew - My ne mozhem deistvovat' inache, kak odna semya, tovarishchi po oruzhiyu! (Krasnaya zvezda 27.6.92).

3. Das Problem des Gewaltmonopols

3.1 Moldawien und andere Krisen

Es lohnt sich, den Konflikt in Moldawien und die selbsternannte Dnestr-Republik etwas näher zu betrachten, denn dieser Fall zeigt die Wechselwirkungen einiger der schwierigsten Probleme der GUS: die undefinierte Eigenstaatlichkeit neuer, unabhängiger politischer Einheiten, der Status der ethnischen Minderheiten (und die Vorwürfe Kozyrews, daß Konservative in der Armee diese Frage manipulierten), die Rolle der russischen Streitkräfte in Konflikten an der Peripherie der GUS sowie die Fähigkeit der GUS, friedensschaffende bzw. friedenserhaltende Maßnahmen durchzusetzen. Dies zeigt, wie sehr das staatliche Gewaltmonopol auf dem Gebiet der Ex-UdSSR in Frage gestellt ist.

Ein Teil der ehemals Moldawischen Sowjetischen Sozialistischen Republik, die Transdnestr-Region, ist ein Gebiet mit einer ethnisch gemischten Bevölkerung, die aus Ukrainern, Russen, Moldawiern und anderen Gruppen besteht. In diesem Gebiet ist ein beachtlicher militärischer Industriekomplex beheimatet und die 14. sowjetische Armee stationiert. Im September 1990 rief die regionale Führung in Tiraspol eine "sowjetische sozialistische Republik Dnestr" aus, um der moldawischen Kampagne für Unabhängigkeit von der UdSSR entgegenzutreten. Sie gab Erklärungen ab, die den Putsch im August 1991 unterstützten. Im Dezember 1991 erklärte sich die Region zur unabhängigen "Dnestr-Republik" und baute sich ihre eigene republikanische Garde auf. Sicherlich geschah das in enger Zusammenarbeit mit dem Kommando der 14. Armee, dessen Oberbefehlshaber sogar für eine zeitlang zum Chef der Verteidigung und der Sicherheit der Republik ernannt wurde.⁹⁵

In den ersten Monaten des Jahres 1992 verschlechterte sich die Situation in dieser Region dermaßen, daß es am Dnestr regelmäßig zu Zusammenstößen zwischen den moldawischen Streitkräften und denen der Dnestr Republik kam. Man beschuldigte sich gegenseitig, rumänische Militärberater und Militärausrüstung seien auf der moldawischen Seite aufgetaucht, bzw. Einheiten der 14. Armee hätten auf der "russischen" Seite interveniert. Es war offensichtlich, daß bewaffnete Gruppen und Einzelpersonen aus Rußland und der Ukraine (einschließlich Gruppen von Kosaken) auf eigene Faust in die Region gereist waren, um sich dem Kampf anzuschließen, und daß die Führung der GUS und Rußlands wenig bzw. nichts tun konnte oder auch tun wollte, um dies zu verhindern.⁹⁶ Teile der russischen Presse (vor allem Sovetskaya Rossiya) unterstützten diese privaten militärischen Unternehmungen und warfen der Regierung vor, die russische Bevölkerung von Transdnestr ihrem Schicksal zu überlassen. Vize-Präsident Ruzkoj brachte im April seine Sympathie für die Russen in der

95 Vladimir Socor - Creeping Putsch in Eastern Moldova (RFE/RL Research Report Vol 1 No. 3, 17. Jan. 1992).

96 Diese Gruppen brüsteten sich gern mit ihren Heldentaten vor westlichen Journalisten; s. Dietmar Ostermanns Bericht über die "Russische Nationale Legion", die in St. Petersburg gegründet wurde und Berichten zufolge sowohl in der Dnestr-Region als auch in Süd-Ossetien aktiv war, in Frankfurter Rundschau 10.10.92.

Dnestr-Republik zum Ausdruck. Er schlug vor, die 14. Armee solle einen Puffer bilden, damit die Dnestr-Republik ihre Unabhängigkeit verteidigen könne. Jelzins Berater Sergei Stankewitsch vertrat die gleiche Ansicht.⁹⁷ Die Lage verschlimmerte sich nach der Ankündigung Präsident Jelzins Ende Mai, die 14. Armee werde abgezogen. Anscheinend widersetzte sich der Kommandeur jedoch diesem Befehl. Er wurde dabei von General Gratschew unterstützt.

Nach einer Eskalation des Kampfes in der Moldawien-Dnestr-Region im Juni, an dem sich die 14. Armee wahrscheinlich wieder beteiligt hatte, wurde ein neuer Armee-Kommandeur, General-Major Aleksandr Lebed ernannt. Lebed gab sofort eine Erklärung in Form einer Botschaft an Präsident Jelzin ab, in der er behauptete, die "faschistische" Regierung von Moldawien habe eine Kampagne des Völkermords mit Hilfe rumänischer Söldner gegen die Dnestr Republik entfesselt. Er schlug vor, die Verantwortlichen dieser Regierung öffentlich zu hängen.⁹⁸ Diese Erklärung enthielt eine offene Drohung weiteren Ungehorsams, sie wurde aber von Lebeds Vorgesetzten weder verurteilt noch wurde ihr widersprochen. Das veranlaßte *Izvestiya* zu der Frage, ob der Präsident überhaupt noch Kontrolle über die russischen Generäle hätte.⁹⁹ Jelzins Haltung war äußerst zwiespältig. Einerseits ließ er zu, daß die 14. Armee der Dnestr Republik zur Seite stand und drohte Moldawien mit einer russischen Intervention. Dann erklärte er, Probleme der russischen Minderheiten könnten nur mit politischen Mitteln gelöst werden und leitete in Zusammenarbeit mit anderen GUS-Staatschefs eine Friedensinitiative ein.

Wie bereits erwähnt, war auf dem Gipfeltreffen in Kiew im März 1992 ein Abkommen über GUS-interne Friedenstruppen unterzeichnet worden. Weitere Diskussionen und Zusatzprotokolle folgten bei späteren Treffen. Im Juli wurden entsprechend einem außerhalb des GUS-Rahmens erzielten Abkommen - da Georgien Nicht-Mitglied war - russische, georgische und ossetische Truppen zur Bekämpfung des Konflikts in Süd-Ossetien (in Georgien) entsandt. Im Falle Moldawiens scheiterte der anfängliche Versuch, die KSZE-Mechanismen in Anwendung zu bringen, ebenso wie der Plan, belarussische, bulgarische und rumänische Truppen mehr als friedensschaffende denn als friedenserhaltende Streitkräfte einzusetzen. Dann unterzeichnete Moldawien ein Abkommen mit Rußland, das gemeinsame Streitkräfte zur Friedenserhaltung vorsah. Diese setzten sich aus russischen (nicht aus der 14. Armee rekrutierten), moldawischen und dnjestrischen Gardekörpern zusammen. Der Einsatz dieser Truppen hatte ähnlich wie in Süd-Ossetien einigen Erfolg oder deckte sich zumindest mit einer Beruhigung der Kampfhandlungen. Dennoch war es ziemlich offensichtlich, daß die Truppeneinsätze in Moldawien nicht den (noch unvollständigen und nicht ratifizierten) GUS-Richtlinien entsprachen, da die Streitkräfte in einem akuten Konflikt eingesetzt wurden und sie in enger Verbindung zu den Konfliktparteien standen.¹⁰⁰ Darüberhinaus

97 *Izvestiya* 6.4.92.

98 A.I. Lebed - *Tragediya na Dnestre* (Sovetskaya Rossiya 7.7.92).

99 Wladimir Nadein - *General Lebed stavit ultimatum presidentu Rossii* (*Izvestiya* 7.7.92).

100 Mehr Einzelheiten hierzu: Vladimir Socor - *Russia's Fourteenth Army and the Insurgency in Eastern Moldova* (RFE/RL Research Report Vol. 1 No. 36, 11.Sept. 1992), and Suzanne Crowe - *The Theory*

war es angesichts der offensichtlich aufrührerischen Rolle der russischen Truppen in Moldawien fraglich, ob der Einsatz vorwiegend russischer Truppen bei weiteren Friedensmissionen als neutraler Beitrag zum Konfliktmanagement bzw. zur Konfliktlösung betrachtet würde und er es tatsächlich auch war. Im Konflikt um Berg-Karabach halfen der russische Verteidigungs- und der Sicherheitsminister aktiv mit, Ende September einen Waffenstillstand zwischen Aserbaidschan und Armenien auszuhandeln, nachdem zuvor Vermittlungsversuche des kasachischen Präsidenten Nasarbejew gescheitert waren.¹⁰¹ Wie bereits viele vorhergehenden Pläne konnte jedoch auch dieser Versuch den Kämpfen in Berg-Karabach kaum Einhalt gebieten.

Selbst wenn Versuche Rußlands und seiner GUS-Partner zur friedlichen Konfliktbeilegung kurzfristig erfolgreich waren, konnte man sich doch nicht dem Eindruck entziehen, daß Unsicherheit und Gewalt in den südlichen Gebieten der ehemaligen UdSSR fast zur Norm geworden waren. Sobald sich ein Konflikt beruhigte, entbrannte schon der nächste. Im Spätsommer und Herbst 1992 brachen nach einer Unabhängigkeitserklärung der autonomen Republik Abchasien schwere Kämpfe in der Region Abchasien im westlichen Georgien aus. Der Konflikt in Tadschikistan, der einen Großteil des Jahres vor sich hin geschwelt hatte, entwickelte sich zum Bürgerkrieg, als der (ex-kommunistische) Präsident abgesetzt wurde, Gegenputschversuche stattfanden und die zentrale Autorität aufgrund von Sippen-, religiösen und regionalen Feindseligkeiten auseinanderbrach. Das übrige Zentralasien wurde kaum von diesen Gewaltakten tangiert. Die Regierungen dieser Länder waren sich aber durchaus der Gefahren bewußt, die der Konflikt in Tadschikistan für sie bedeutete. Im Falle Georgiens wurden Vereinbarungen getroffen und wieder gebrochen, ansässige Russen evakuiert. Die georgische Regierung versuchte, Ansprüche auf russische Militärausrüstung auf ihrem Territorium geltend zu machen, wobei sie gleichzeitig russische Truppen beschuldigte, die Separatisten in Abchasien unterstützt zu haben. Zu allem Überfluß erhielten die Abchasier eine zwar geringfügige aber symbolisch bedeutsame Unterstützung von Mitgliedern der "Konföderation der kaukasischen Bergvölker" aus Gebieten innerhalb der russischen Föderation (diese Konföderation war 1991 gegründet worden und schloß Tschetschenien ein).

Georgische und tadschikische Politiker hatten eine sehr unterschiedliche Meinung über die russische Einmischung in die jeweiligen Krisen. Man sollte eigentlich annehmen, daß die georgische Regierung unter dem ehemaligen sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse trotz der Nichtmitgliedschaft Georgiens in der GUS eine gute Basis hätte, ihre Kontakte zur russischen Führung zu nutzen und die Situation unter Kontrolle zu bringen. Schließlich hatte sich Schewardnadse im August 1991 eindeutig auf Jelzins Seite gestellt. Schewardnadse mußte seine Macht jedoch mit einer unbequemen Allianz teilen, die man mit gutem Grund als georgische "Warlords" bezeichnen konnte. Nach einigen Versuchen am runden Tisch, den Konflikt in Zusammenarbeit mit der russischen Führung beizulegen, wurde offensichtlich, daß selbst Schewardnadse seinen russischen Verhandlungspartnern nicht mehr traute. Damit war der Grundstein für einen georgisch-russischen Kon-

and Practice of Peacekeeping in the Former USSR (RFE/RL Research Report Vol 1 No. 37, 18. Sept. 1992).

101 Waffenstillstandsabkommen in Krasnaya zvezda 23.9.92.

flikt gelegt. Für die Regierung in Tadschikistan, die im September 1992 an die Macht kam, war die russische Armee eine notwendige und willkommene Unterstützung. Nachdem ein Versuch Kirgisiens und Kasachstans, ein Kontingent Friedenstruppen aufzustellen, fehlgeschlagen war, wandte sich die Regierung an die auf ihrem Gebiet stationierten russischen Truppen. In ihnen sah sie die einzige Macht, die ihre Autorität wirksam stützen konnte. Der russische Außenminister Kosyrew stimmte diesem Vorschlag zu.¹⁰² Somit war eine paradoxe Situation zu beobachten. Einige Teile der Ex-UdSSR waren so weit in Bürgerkriege und bewaffnete Anarchie hineingeraten, daß ein wirksames Krisenmanagement nicht mehr möglich schien, während dieselben Auflösungserscheinungen von den Regierungen anderer Regionen zum Anlaß genommen wurden, sich an die neue russische Armee zu wenden und um Hilfe zu bitten.

3.2 Die Privatisierung der Gewalt

Wie bereits bei den Beschreibungen der Konflikte in Moldawien und dem Kaukasus erwähnt, sind viele militärische "Akteure" in der post-sowjetischen Politik keine staatlichen Autoritäten. Politische Kräfte, die den Anspruch erheben, die einzigen Autoritäten in den Nachfolgestaaten zu sein, üben oft kein Monopol über Gewaltanwendung in dem betreffenden Gebiet aus. Die Regierung Rußlands sah sich 1992 mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert, als es darum ging, ihre Streitkräfte in den Krisenregionen des Kaukasus und der Republik Dnestr unter Kontrolle zu bringen. Selbst wenn Militärbefehlshaber nicht offen Ungehorsam leisten, so ist doch der Verkauf bzw. das Verschwinden von Waffen aus Waffenarsenalen allgemein verbreitet. In einigen neuen Staaten (Georgien, Aserbaidschan, Tadschikistan) wurde 1992 offensichtlich, daß Gewalt zu einem wirksamen Mittel der Machtübernahme geworden war. Gruppen von Einzelpersonen, Russen und andere, konnten ohne Probleme quer durch die GUS-Staaten reisen und sich Kampfhandlungen in verschiedenen Konfliktregionen anschließen.

Liest man russische Presseberichte aus den am ärgsten betroffenen Krisengebieten wie Abchasien und Tadschikistan, wird das Ausmaß des Zusammenbruchs staatlicher Autorität sehr deutlich.¹⁰³ In Dushanbe (der Hauptstadt von Tadschikistan) z.B. kam der Einsatz von Krankenwagen im Oktober praktisch zum Erliegen, da sie einfach von unbekanntem bewaffneten Gruppen von den Krankenhäusern entfernt wurden. Innerhalb der Grenzen der russischen Föderation verwandelte sich die Region des nördlichen Kaukasus in einen riesigen Basar, wo man Waffen aller Art zu erschwinglichen Preisen erstehen kann. Gruppen und Grüppchen identifizieren sich mit Gebieten, die vorher nur Regionalexperten geläufig waren, und besorgen sich Waffen, um lokale Ansprüche geltend zu machen oder alte Rech-

102 Izvestiya 15.10.92, Die tageszeitung 7.11.92.

103 Zu Abchasien, siehe: Izvestiya 12.10.92, Moscow News 42, 18-25 Oct. 1992. Zu Tadschikistan: Izvestiya 13.10.92, Moscow News 39, Sept. 27 - Oct. 4, 1992, Sovetskaya Rossiya 17.10.92.

nungen zu begleichen - wie in Kabardino-Balkaria, Inguschetien und Nord-Ossetien.¹⁰⁴ Kämpfe, die im November zwischen Inguschetien und Ossetien ausbrachen, gingen z.B. auf den Unmut der Inguschetien über die Ansiedelung von Osseten auf ihrem ehemaligen Gebiet zurück. Stalin hatte die Osseten 1944 nach Zentralasien deportiert. Das Aufflammen dieses Konfliktes hatte eine einschneidende Wirkung. Es war der erste ernsthafte Aufstand innerhalb der russischen Föderation, was sicherlich auch den sofortigen Ausruf des Ausnahmezustands und die Entsendung russischer Truppen erklärt.

Wie das Problem des privaten Waffenbesitzes in quantitativer Hinsicht einzuschätzen ist, läßt sich schwer sagen: in Presseberichten wurden einige Zahlen angegeben, die zwar schwer nachzuprüfen sind, die aber, selbst wenn sie nur annähernd stimmen, ausreichenden Grund zur Beunruhigung liefern. Nach Angaben des Staatsanwaltsbüros der russischen Föderation stieg die Zahl der Waffen (Pistolen, automatische Waffen, Maschinengewehre), die aus Militärlagern gestohlen wurden, sprunghaft an, und zwar von 158 im Jahr 1987 (davon konnten 138 wiedergefunden werden) auf 2.589 im Jahr 1991 (davon konnten nur 681 zurückerlangt werden).¹⁰⁵ Die Moscow News schätzte (ohne eine Quellenangabe zu machen), daß sich bis zu 30 Millionen Schußwaffen im persönlichen Besitz von Bürgern der ehemaligen UdSSR befanden.¹⁰⁶ Nach Angaben des tadschikischen Innenministers befanden sich im August 1992 in Tadschikistan 20.000 Waffen in privater Hand.¹⁰⁷ Und der militärische Beobachter der Krasnaya zvezda zitierte unbekannte Experten, die ausgerechnet hatten, daß sich Mitte 1992 in der Ex-UdSSR bis zu 500 unabhängige militärische Truppenverbände gebildet hatten.¹⁰⁸ Das Gewaltpotential, das sich in diesen Zahlen ausdrückt, ist unübersehbar. Wenn diese Angaben auch nur annähernd stimmen, kann sicher nicht mehr von einer Staatsstruktur die Rede sein, die das Gewaltmonopol über ein weites Gebiet Eurasiens, vor allem im Süden der ehemaligen UdSSR, innehat. Die Situation der post-sowjetischen Politik läßt sich mit der Hartnäckigkeit des Regionalismus in Spanien vergleichen, über die Hans Magnus Enzensberger vor einigen Jahren schrieb:

"Jeder von uns möchte etwas ganz Besonderes sein; dies um so mehr, als er sich immer weniger von seinem Nächsten unterscheidet; jedes Kuhdorf hat seinen Heimatstolz und möchte sich über das Nachbardorf erheben. Das sind Wünsche, die in einer banalen Welt verständlich sind, vielleicht sogar legitim; aber lassen sie sich erfüllen, indem sich jeder Gesangsverein aufführt, als wäre er der Vietcong?"¹⁰⁹

Ein weiterer gegenläufiger Faktor auf der substaatlichen Ebene ist die fortschreitende Ent-Legitimation des Wehrdienstes, durch die die Streitkräfte bereits in der Spätphase der

104 Izvestiya 21.9.92, 5.10.92 und 9.10.92, Moscow News 40, 4-11 Oct. 41, 11-18 Oct., und 42, 18-25 Oct. 1992, Krasnaya zvezda 7.10.92 (dort werden Befürchtungen zu einem islamischen Einfluß in Nordkaukasus zum Ausdruck gebracht) und 22.10.92.

105 Izvestiya 3.6.92.

106 Moscow News 28, July 12-19, 1992.

107 ITAR-TASS, 19.9.92.

108 Krasnaya zvezda 13.8.92.

109 Hans Magnus Enzensberger - Ach Europa! (Suhrkamp Verlag Frankfurt 1987), S. 438.

Perestroika unterminiert worden waren. Es gibt zahllose Hinweise darauf, daß post-sowjetische russische Militärideologen den Wehrdienst immer noch als ein wichtiges Instrument zur Erziehung und Sozialisation der Jugend der Nation ansehen. In der *Izvestiya* beklagte General Gratschew, daß die Musterungsbefehle im Herbst 1991 und im Frühjahr 1992 wahrscheinlich nur noch von 26% der Wehrpflichtigen befolgt würden; das bedeute eine Reduzierung der Armee um 10 - 15%, ohne daß man überhaupt bewußte Kürzungen vornehme. Späteren Berichten zufolge war der Rückgang im Frühjahr 1992 insgesamt zwar nicht so dramatisch, wie Gratschew befürchtet hatte, aber die Anzahl der Musterungsunwilligen war besonders in Moskau, dem Nord-Kaukasus und der Wolga-Ural-Region hoch. Eine große Anzahl junger Russen beantragten entweder eine Zurückstellung oder sie weigerten sich ganz einfach anzutreten - eine ideale Lösung zur Reduzierung der Armee, hätte man meinen können, obwohl Gratschew die Dinge ganz anders sah. Berichten aus der Ukraine war nicht nur zu entnehmen, daß der Musterungsbefehl im Frühjahr 1992 nur von 31% befolgt wurde, sondern auch, daß die Brutalität, die die sowjetischen Streitkräfte in großen Mißkredit gebracht hatte, innerhalb der ukrainischen Einheiten weiter anhielt.¹¹⁰ Darüberhinaus reduzierte sich die Zahl der als wehrtüchtig eingestuften aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes der russischen Jugend.¹¹¹ Obwohl es sich um unterschiedliche Phänomene handelt, können die fortgesetzte Unwilligkeit zur Wehrpflicht in Rußland und der Ukraine sowie die Verbreitung von Gewalt in vielen Teilen der Ex-UdSSR als Folgen desselben grundsätzlichen Prozesses angesehen werden: der Krise des militarisierten Sozialismus, die in den späten 80er Jahren zunehmend sichtbar wurde und beim Zusammenbruch der UdSSR eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Viele junge Russen und Ukrainer sehen nicht ein, warum die neuen Staaten einen legitimeren Anspruch als die UdSSR haben sollten, sie unter unhaltbaren und gefährlichen Bedingungen zum Militärdienst einzuberufen.

Gleichzeitig war die Flut der Gewalt das Erbe des alten sowjetischen Systems der allgemeinen Wehrpflicht. Wo immer eine Krise entstand, hatte die Mehrzahl der männlichen Bevölkerung einen gewissen Grad an militärischem Training und Erfahrung. Es war einfach, die erforderlichen Waffen zu kaufen, zu stehlen oder auf andere Weise zu besorgen. Zweifellos waren ex-sowjetische Truppeneinheiten, selbst wenn sie politisch nicht mit einer bestimmten Sache sympathisierten, sehr oft bereit, Waffen gegen Bargeld zu verkaufen, egal wo sie eingesetzt werden sollten.

Wenn einige GUS-Regierungen die russische Armee für eine potentielle Garantie der politischen Stabilität ihrer anfälligen neuen Staaten halten, machen sich selbst etwas vor. Es stimmt zwar, daß diese Armee in einigen Krisengebieten zur Friedenserhaltung beitragen konnte, in anderen Fällen hat sie jedoch eine Verschärfung der Situation herbeigeführt und bewirkt, daß noch mehr Waffen in private bzw. halb-private Hände gelangten. Es besteht die Gefahr, daß die Spannungen innerhalb der Truppeneinheiten zunehmen, wenn deren finanzielle und materielle Versorgung nicht durch die zentralen Behörden sichergestellt werden kann. Dies könnte zu Situationen führen, in denen Kommandeure nur die Versor-

110 Stephen Foye in RFE/RL Research Report vol. 1 No. 26, p. 58.

111 Siehe *Izvestiya* 16.10.92.

gung ihrer eigenen Einheiten als oberste Priorität ansehen.¹¹² Kommt hierzu noch der Druck zur wirtschaftlichen Regionalisierung (Dezentralisierung) könnte eine solche Konstellation äußerst gefährlich werden. Der Ungehorsam beim Rückzug vom Baltikum war angeblich sowohl politisch als auch wirtschaftlich motiviert. Sollte die russische Führung versuchen, die finanzielle Bürde zu mindern, indem sie die Streitkräfte gegen den Willen der Militärbefehlshaber drastisch reduziert, könnte durchaus weiterer Ungehorsam die Folge sein. Denn viele Offiziere wüßten dann nicht, wo sie - mit oder ohne Uniform - hingehen sollten. Alles in allem besteht ganz klar die Gefahr, daß einerseits der Wunsch des Oberkommandos, weiterhin auch jenseits der Grenzen der russischen Föderation präsent zu sein, und andererseits die Abhängigkeit der schwachen Staaten innerhalb der GUS von russischer Militärunterstützung zu weiteren Spannungen innerhalb eines Militärsystems führen werden, das ohnehin schon an die Grenzen seiner Belastbarkeit geraten ist.

112 Siehe z.B. einen Bericht in der ITAR-TASS 10.7.92, über die Unzufriedenheit in der Nördlichen Flotte nach einigen Monaten ohne Lohnauszahlung.

4. Die postsowjetische Sicherheitspolitik

So weit der Versuch überhaupt möglich ist, einen Überblick über etwas so Komplexes wie die Militär- und Sicherheitsproblematik der GUS zu geben, lassen sich drei Ebenen unterscheiden, auf denen sich die Zukunft dessen, was einst die UdSSR war, herausbilden wird. Auf zwischenstaatlicher Ebene hat sich die GUS nicht als dauerhafte internationale Struktur etabliert. Diese Entwicklung läßt sich vor allem durch das Desinteresse der ukrainischen Regierung, die GUS als integrierte politische oder militärische Struktur zu betrachten, erklären. Marschall Schaposchnikow und seine GUS-Militärinstitutionen bleiben für die restliche nukleare Infrastruktur und die Kernwaffen verantwortlich, obwohl es eindeutig ist, daß die russischen Institutionen allmählich die Verantwortung in diesem Bereich übernehmen. Ein gemeinsames GUS-Sicherheitsabkommen existiert praktisch als russisch-zentralasiatisches Bündnis und ist durch einige bilaterale Abkommen ergänzt worden. Versuche, die GUS für friedenserhaltende Missionen einzusetzen, sind eingeleitet worden und scheinen kurzfristig Früchte getragen zu haben.

Auf der Ebene der einzelnen Nachfolgestaaten der UdSSR ist der Aufbau nationaler Armeen im Gange, der massiven wirtschaftlichen Zwängen unterworfen bleibt und sich in manchen Fällen in einer Atmosphäre gewaltsamer Konflikte abspielt. Die russischen Streitkräfte sind zweifellos die umfangreichsten und stärksten aller Nachfolgestaaten. Es ist offensichtlich, daß die Zukunft der Beziehung zwischen Rußland und seinen neuen Nachbarn zum großen Teil davon abhängen wird, wie die russische militärisch-politische Elite mit dem Übergang von einer Weltmacht zu einer eurasischen Großmacht zurechtkommt, und in wieweit sich die anderen Nachfolgestaaten daran gewöhnen werden, mit einem solchen Nachbarn zu leben.

Diesem Prozeß der Renationalisierung widersprechen jedoch Entwicklungen auf substaatlicher Ebene. In vielen Krisengebieten der Ex-UdSSR, einschließlich einige Gebiete der russischen Föderation, üben die Regierungen oft kein Gewaltmonopol in dem betreffenden Territorium aus. Waffen werden verkauft, gestohlen und geschmuggelt. Paramilitärische Einheiten werden gegründet. Schwer kontrollierbare lokale Konflikte finden statt. Die Loyalität der russischen Armee selbst bleibt fragwürdig.

Im Mittelpunkt der post-sowjetischen Verwicklungen steht Präsident Jelzin, umgeben von unzufriedenen und potentiell ungehorsamen Generälen. Es kursieren ähnliche Gerüchte über ihn wie über Gorbatschow Anfang 1991, er werde in Kürze selbst entweder das Opfer oder der Verantwortliche eines diktatorischen bzw. militärischen Putsches. Trotz seiner gelegentlich ausschweifenden, russisch-nationalistischen Rhetorik hat Jelzin bewiesen, daß er in der Lage ist, in der Militärpolitik pragmatische Kompromisse mit dem ukrainischen Präsidenten Krawtschuk zu erzielen. Er sucht nach Möglichkeiten zur Konfliktbewältigung, anstatt auf extreme Maßnahmen zurückzugreifen wie sie von Offizieren wie Lebed befürwortet werden. Aber er steht auch ständig unter Druck (genau wie Gorbatschow), Kompromisse zugunsten der Generäle einzugehen und sich ihre Unterstützung zu sichern. Dadurch macht er sich andere Gruppen innerhalb Rußlands bzw. der GUS zu Gegnern.

Ein klares Beispiel hierfür sind die politischen Taktiken, die im Oktober und November 1992 verfolgt wurden. General Gratschew erklärte, daß die Armee den Präsidenten gegen Rücktrittsforderungen unterstützt. Ohne Zweifel war jedoch der Preis, den Jelzin dafür zahlen mußte, die Zustimmung zum Stop des Truppenabzugs aus den baltischen Staaten (wenn auch nur vorübergehend).¹¹³ Jelzin befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in einer stärkeren Position als Gorbatschow im Sommer 1991. Die Armeeführung war nicht Teil der ex-kommunistischen und extrem-nationalistischen Opposition, die gegen ihn mobil zu machen versuchte. Gratschew war auch aufgrund der Unzufriedenheit, die in den unteren Rängen der Armee herrschte, unter Druck. Dort litt man unter der wirtschaftlichen und politischen Unsicherheit. Man war der Ansicht, das Oberkommando tue nicht genug zur Absicherung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Streitkräfte.¹¹⁴

Im Dezember 1992 machte Außenminister Kosyrew mit einer Rede an die Außenminister der KSZE in Stockholm auf sich aufmerksam. Darin warnte er vor einer gefährlichen Wende der russischen Außen- und Militärpolitik, falls die Opposition in Moskau an die Macht käme. Kosyrew hielt es für möglich, daß eine zukünftige "großrussische" Regierung alle notwendigen militärischen und wirtschaftlichen Mittel einsetzen würde, um ihre Interessen auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR zu verteidigen. Gleichzeitig machte er deutlich, daß er selbst und Präsident Jelzin eine solche Politik nicht verfolgten. Zu jener Zeit war Moskau sicherlich noch nicht an einem solchen Punkt, aber die Zukunft der postsowjetischen Sicherheitspolitik läßt sich schwer voraussagen.

113 Izvestiya 23.10. und 30.10.92.

114 Die offensichtliche Unzufriedenheit in der Armee wurde von Generalmajor Wladimir Dudnik in den Moscow News 7, 11. Febr. 1993, kommentiert.

ISBN 3-928965-26-3